

6. Sitzung

der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen

Dienstag, den 29. Oktober 1946, 15.30 Uhr
in der Aula der Gewerbeschule in Wiesbaden.

Tagesordnung:

1. Beratung und Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über den Termin für den Volksentscheid über die Verfassung des Landes Hessen und die Wahl des Landtags des Landes Hessen — Nr. 99 der Drucksachen-Abteilung I —.
2. Dritte Lesung des Entwurfs einer Verfassung für Hessen — Nr. 98 der Drucksachen-Abteilung I —.
3. Wahl eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.
4. Verschiedene Eingänge.

Am Regierungstisch:

Kultusminister Schramm.
Minister für Wiederaufbau Binder.

Präsident **Witte**:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die sechste Plenarsitzung der Verfassungsberatenden Landesversammlung und heiße Sie herzlich willkommen.

Die Tagesordnung für heute lautet:

1. Beratung und Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über den Termin für den Volksentscheid über die Verfassung des Landes Hessen und die Wahl des Landtags des Landes Hessen — Nr. 99 der Drucksachen Abteilung I.
2. Dritte Lesung des Entwurfs einer Verfassung für Hessen — Nr. 98 der Drucksachen Abteilung I.
3. Wahl eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.
4. Verschiedene Eingänge.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, den Punkt 1 zurückzustellen und mit Punkt 2 zu beginnen. Wir nehmen die Artikel der Reihe nach durch bis auf die Artikel 17, 29, 30 und 41, die wir aus den Ihnen allen bekannten Gründen zurückstellen wollen, weil wir noch auf Mitteilungen der Militärregierung warten, die jede Minute hier eintreffen können. Ich nehme an, daß Sie mit meinem Vorschlag einverstanden sind.

Zunächst stelle ich fest, daß die Mehrzahl der Abgeordneten anwesend ist. Das Haus ist beschlußfähig.

Der Herr Abgeordnete Dr. Oswald hat aus dienstlichen Gründen, weil er unvorhergesehen plötzlich nach Hamburg abberufen wurde, für diese Tagung um Urlaub gebeten. Außerdem hat die Abgeordnete Frau Sevovich um Urlaub gebeten. Ich bitte Sie, davon Kenntnis zu nehmen. Der Urlaub ist erteilt.

Wir treten in die Tagesordnung ein und kommen zu Punkt 2:

Dritte Lesung des Entwurfs einer Verfassung des Landes Hessen.

Es sind von der LDP eine Reihe von Anträgen eingegangen, und zwar betreffen sie den Artikel 17, den wir vorläufig zurückstellen müssen.

Ehe ich die einzelnen Artikel aufrufe, haben wir über die Präambel abzustimmen. Sie finden den Text auf der Titelseite:

In der Überzeugung, daß Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart und Zukunft haben kann, hat sich Hessen als Gliedstaat der deutschen Republik diese Verfassung gegeben.

Sind Sie mit dem Text einverstanden? — Widerspruch erhebt sich nicht; die Präambel ist beschlossen.

Ich rufe nunmehr auf den

Ersten Hauptteil

Die Rechte des Menschen.

I. Gleichheit und Freiheit

Artikel 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16. — Genehmigt.

Jetzt kommen wir zum

Abschnitt II

Grenzen und Sicherung der Menschenrechte.

Artikel 17 wird zurückgestellt.

Wir beginnen mit Artikel 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26. — Widerspruch ist nicht erfolgt, daher genehmigt.

Wir kommen zu

Abschnitt III

Soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten.

Ich rufe die Artikel 27 und 28 auf. Kein Widerspruch, daher genehmigt. Artikel 29 wird zurückgestellt. Artikel 30, 31.

(Abg. Bauer: Ich bitte um Abstimmung!)

Es wird Abstimmung über Artikel 31 gewünscht. Ich bitte die Abgeordneten, die für Artikel 31 stimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Artikel ist angenommen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die LDP hat sich der Stimme enthalten.

(Heiterkeit)

Ich rufe weiter auf die Artikel 32, 33, 34 — Genehmigt.

Artikel 35

(Zuruf von der CDU: Ich bitte um Abstimmung!)

Ich bitte die Damen und Herren, die für den Artikel 35 stimmen wollen, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen sechs Stimmen der LDP angenommen bei Enthaltung der KPD.

Artikel 36 wird zurückgestellt.

Wir kommen zu Artikel 37.

(Zurufe: Bitte um Abstimmung über Absatz 1!)

Ich komme dem Wunsche nach. Die Mitglieder des Hauses, die für den Absatz 1 stimmen wollen, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. — Einstimmig angenommen. — Wir kommen zu Absatz 2. Die Damen und Herren, die für den Wortlaut des Absatzes 2 sind, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. — Gegen sechs Stimmen der LDP angenommen. Der letzte Absatz: Angenommen.

Artikel 38.

(Abg. Bauer: Bitte Abstimmung über den ersten Absatz!)

Ich lasse über den Absatz 1 des Artikels 38 abstimmen. — Gegen sechs Stimmen angenommen.

Die übrigen Absätze: Angenommen.

Wir kommen zu Artikel 39.

Abg. Bauer (KPD):

Ich bitte um Abstimmung über den ersten Absatz.

Präsident:

Ich bitte die Damen und Herren, die für den Absatz 1 des Artikels 39 stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Bei Stimmenthaltung der KPD angenommen.

Abg. Euler (LDP):

Ich bitte um Abstimmung über Absatz 4.

Präsident:

Ich lasse über Absatz 4 abstimmen. — Gegen sechs Stimmen der LDP angenommen.

Absatz 2 und 3. — Angenommen.

Ich rufe auf Artikel 40. — Angenommen.

Artikel 41. — Wird zurückgestellt.

Artikel 42.

Abg. Euler (LDP):

Ich bitte gesondert abstimmen zu lassen über den Absatz 1.

Präsident:

Ich bitte die Damen und Herren, die für Absatz 1 des Artikels 42 stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Gegenprobe. — Gegen sechs Stimmen der LDP angenommen.

Artikel 42 insgesamt angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 43, 44, 45, 46, 47. — Angenommen.

Wir kommen zu

Abschnitt IV

Staat, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften,

Ich rufe auf Artikel 48, Artikel 49.

Abg. Bauer (KPD):

Ich bitte über Artikel 49 abstimmen zu lassen.

Präsident:

Ich lasse über Artikel 49 abstimmen. — Gegen sieben Stimmen der KPD angenommen.

Artikel 50.

Ich bitte die Damen und Herren, die dafür stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Gegen sieben Stimmen der KPD angenommen.

Ich lasse abstimmen über Artikel 51 Absatz 1. — Gegen sieben Stimmen der KPD angenommen.

Absatz 2. — Gegen sieben Stimmen der KPD angenommen.

Absatz 3. — Gegen sieben Stimmen der KPD angenommen.

Absatz 4. — Angenommen.

Ich rufe auf Artikel 52.

(Abg. Euler: Abstimmung!)

Ich bitte die Damen und Herren, die für Artikel 52 stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Gegenprobe. — Gegen sechs Stimmen der LDP angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 53, 54. — Angenommen.

Wir kommen zu

Abschnitt V

Erziehung und Schule.

Ich rufe auf Artikel 55, Artikel 56.

(Abg. Bauer: Ich bitte um Abstimmung über Absatz 2!)

Ich bitte die Damen und Herren, die für Absatz 2 des Artikel 56 stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Gegenprobe. — Gegen die Stimmen der LDP und KPD angenommen.

In Absatz 4 auf Zeile 3 ist ein Druckfehler zu berichtigen; es muß statt „Tätigkeit“ heißen: „Tüchtigkeit“.

Damit ist Artikel 56 angenommen.

Ich rufe auf Artikel 57, 58, 59.

(Abg. Bauer: Ich bitte um Abstimmung über Artikel 59!)

Ich lasse über Artikel 59 abstimmen. — Bei Stimmenthaltung der KPD angenommen.

Ich rufe auf Artikel 60.

(Abg. Bauer: Ich bitte um Abstimmung über den zweiten Absatz!)

Ich bitte die Damen und Herren, die für den Artikel 60 in der vorliegenden Fassung stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Gegenprobe. — Gegen die Stimmen der KPD angenommen.

Artikel 61.

(Abg. Bauer: Ich bitte um Abstimmung!)

Ich lasse über Artikel 61 abstimmen. — Gegen sieben Stimmen der KPD angenommen.

Artikel 62. — Angenommen.

Wir kommen zu

Abschnitt VI

Gemeinsame Bestimmung für alle Grundrechte.

Ich rufe auf Artikel 63. — Angenommen.

Wir kommen zum

Zweiten Hauptteil

Aufbau des Landes.

1. Das Land Hessen.

Ich rufe auf die Artikel 64, 65, 66.

Abschnitt II

Völkerrechtliche Bindungen.

Artikel 67, 68, 69.

Abschnitt III

Die Staatsgewalt.

Artikel 70, 71, 72.

Artikel 73. In Zeile 2 ist ein Druckfehler enthalten; statt „Staatsbürger“ muß es heißen „Staatsangehörige“.

Artikel 74. — Angenommen.

Wir kommen zu

Abschnitt IV

Der Landtag.

Ich rufe auf Artikel 75.

(Abg. Bauer: Ich bitte um Abstimmung über den zweiten Absatz!)

Ich lasse über Absatz 2 abstimmen. — Gegen sieben Stimmen der KPD angenommen.

Absatz 3. — Gegen sieben Stimmen der KPD angenommen.

Damit ist Artikel 75 angenommen.

Ich rufe weiter auf die Artikel 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99.

Wir kommen zu

Abschnitt V

Die Landesregierung.

Ich rufe auf Artikel 100, 101.

(Abg. Euler: Ich bitte abzustimmen über Absatz 4!)

Ich bitte die Damen und Herren, die für Absatz 4 in der vorliegenden Fassung stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Gegenprobe. — Gegen sechs Stimmen der LDP angenommen. Artikel 101 angenommen.

Ich rufe weiter auf die Artikel 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112.

(Abg. Euler: Ich bitte um Abstimmung!)

Ich lasse über Artikel 112 abstimmen. — Gegen sechs Stimmen der LDP angenommen.

Ich rufe weiter auf Artikel 113, 114.

(Abg. Euler: Ich bitte um Abstimmung über Absatz 2!)

Ich lasse über Absatz 2 in der vorliegenden Fassung abstimmen. — Gegen sechs Stimmen der LDP angenommen. Artikel 114 angenommen.

Artikel 115. — Angenommen.

Wir kommen zu

Abschnitt VI

Die Gesetzgebung.

Ich rufe auf die Artikel 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124.

(Abg. Euler: Ich bitte um Abstimmung!)

Ich lasse über Artikel 124 abstimmen. — Gegen sechs Stimmen der LDP angenommen.

Artikel 125. — Angenommen.

Wir kommen zu

Abschnitt VII

Die Rechtspflege.

Artikel 126. — Angenommen.

Präsident

Artikel 127.

(Zutuf: Bitte um Abstimmung über Absatz 3!)

Es wird Abstimmung beantragt über den Absatz 3. Ich bitte die Damen und Herren, die für den Absatz 3 in der vorliegenden Fassung stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Gegen die Stimmen der LDP angenommen.

Artikel 128, 129. — Angenommen.

Wir kommen zu

Abschnitt VIII

Der Staatsgerichtshof:

Ich rufe auf den Artikel 130.

(Abg. Euler: Ich bitte um Abstimmung!)

Ich bitte die Mitglieder des Hauses, die für den Artikel 130 in der vorliegenden Fassung stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Gegen sechs Stimmen der LDP angenommen.

Artikel 131, 132, 133. — Angenommen.

Wir kommen zu

Abschnitt IX

Die Staats- und die Selbstverwaltung.

Ich rufe auf Artikel 134.

(Abg. Euler: Ich bitte um Abstimmung!)

Ich bitte die Damen und Herren, die für Artikel 134 in der vorliegenden Fassung stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Bei Stimmenthaltung der LDP angenommen.

Artikel 135, 136, 137, 138. — Angenommen.

Wir kommen zu

Abschnitt X

Das Finanzwesen.

Ich rufe auf Artikel 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145. Es folgt

Abschnitt XI

Der Schutz der Verfassung.

Ich rufe auf Artikel 146, 147, 148, 149, 150. — Angenommen.

Wir kommen zu den

Übergangsbestimmungen.

Ich rufe auf Artikel 151, 152, 153, 154, 155.

(Abg. Bauer: Ich bitte um Abstimmung!)

Ich bitte die Damen und Herren, die für Artikel 155 in der vorliegenden Fassung stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Gegen die Stimmen der KPD bei Stimmenthaltung der LDP angenommen.

Artikel 156.

(Abg. Bauer: Ich bitte um Abstimmung!)

Ich bitte die Damen und Herren, die für Artikel 156 in der vorliegenden Fassung stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Gegen die Stimmen der KPD und LDP angenommen.

Artikel 157, 158, 159, 160. — Angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen.

Ich schlage Ihnen nun vor, bevor wir eine kurze Pause eintreten lassen, um die Mitteilung der Militärregierung abzuwarten, den

Punkt 3 der Tagesordnung:

Wahl eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu erledigen.

Es war beantragt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß von neun Mitgliedern einzusetzen, der in der gleichen Weise zusammengesetzt sein soll, wie die Arbeitsausschüsse, das heißt es sollen ihm angehören vier Ab-

geordnete der SPD, drei Abgeordnete der CDU, ein Abgeordneter der KPD und ein Abgeordneter der LDP. Ich bitte die Damen und Herren, die dafür stimmen wollen, daß ein Untersuchungsausschuß in dieser Zusammensetzung eingesetzt wird, eine Hand zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Im Auftrag der vier Fraktionen bezeuge ich die Abgeordneten, die den parlamentarischen Untersuchungsausschuß bilden sollen. Von der SPD-Fraktion werden vorgeschlagen die Abgeordneten Metzger, Frau Dr. Selbert, Caspary, Bodenbender, von der CDU-Fraktion die Abgeordneten Ruhl, Graf Matuschka und Schlitt, von der KPD-Fraktion der Abgeordnete Krüger, von der LDP-Fraktion der Abgeordnete Landgrebe.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Sie haben die Namen gehört. Eine Abstimmung darüber ist nicht notwendig. Der Untersuchungsausschuß ist gebildet.

Nun schlage ich Ihnen vor, eine kurze Pause eintreten zu lassen, bis die Antwort der Militärregierung eingetroffen ist.

(Unterbrechung der Sitzung 16 Uhr 5 Min.)

(Wiedereröffnung der Sitzung 16 Uhr 30 Min.)

Präsident:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ehe wir in die Abstimmung über die zurückgestellten Artikel eintreten, habe ich Ihnen den Inhalt des Briefes mitzuteilen, den Herr General Clay mir soeben hat zustellen lassen. Er hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Präsident.

Im Namen der amerikanischen Militärregierung habe ich die Vorlage der vorgeschlagenen Verfassung des Staates Hessen, wie sie am 2. Oktober 1946 angenommen wurde, geprüft. Ich bin seit der ursprünglichen Vorlage der Verfassung darüber unterrichtet, daß der Verfassungsausschuß damit einverstanden ist, Ergänzungen an den Artikeln 17, 29, 26, 123 und 130 vorzunehmen sowie über den Artikel 41 gesondert abzustimmen.

Die amerikanische Militärregierung erkennt die Verfassung, die den Willen des Staates Hessen verkörpert, an, ausgedrückt durch die gewählten Vertreter seiner Staatsbürger. Ferner ist sie von der sichtbaren Absicht der Urheber dieses Entwurfs überzeugt, daß die Verfassung die Grundlagen der Demokratie verkörpert und die Rechte des Einzelnen schützen soll.

Wenn daher die Vollversammlung die oben erwähnten Änderungen annimmt, unter Berichtigung der Vorbehalte im nächsten Absatz, ist somit die Verfassung genehmigt und kann dem Volke vorgelegt werden, einschließlich Artikel 41, über den gesondert abgestimmt werden muß, damit es seine Meinung bei der Wahl äußern kann. Natürlich wird angenommen, daß keine weiteren Änderungen vorgenommen werden, mit Ausnahme solcher rein formeller oder textlicher Art.

Die Genehmigung, die die Militärregierung für diese Verfassung gibt, muß selbstverständlich mit den internationalen Abkommen übereinstimmen, an denen die Regierung der Vereinigten Staaten beteiligt ist, sowie mit der Viermächte-Gesetzgebung und mit den Vollmachten, die sich die Militärregierung vorbehalten muß, um die grundlegenden Richtlinien der Besatzung in die Tat umzusetzen (wie es in Artikel 159 anerkannt wurde). Besonders muß ich betonen, daß die Anordnungen der Artikel 7, 152 und 158 solcher Art sind, daß die Militär-

Regierung diesbezüglich zu unternehmende oder nicht zu unternehmende Schritte der deutschen Behörden vorzichtig prüfen muß.

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß Anordnungen in der Verfassung, welche eine besondere Form der deutschen Regierung oder ein besonderes Verhältnis zwischen dieser Regierung und ihren Mitstaaten enthalten, nur als Anweisungen an die Vertreter Hessens ausgelegt werden und nicht als ein Recht, die Teilnahme an einer deutschen Regierung — in welcher Form sie auch als Zwischenmaßnahme durch die alliierten Behörden oder als dauernde Regierungsform durch das deutsche Volk als Gesamtheit eingesetzt werden mag —, zu verbieten.

Ich nehme diese Gelegenheit wahr, um den Mitgliedern der Versammlung zu der offenbaren Sorge und Gründlichkeit, mit der sie ihre Arbeit geleistet haben, zu gratulieren, sowie zu ihrem Eifer gegenüber den demokratischen Idealen und somit dem Ziel, dem wir alle nachstreben.

gez.: Lucius D. Clay

Lieutenant General, U. S. Army Deputy Military Governor."

Meine Damen und Herren! Sie haben den Inhalt dieses Briefes vernommen. Wir können nunmehr die Abstimmung über die Artikel, die wir vorher übergangen haben, vornehmen, nachdem die Militärregierung ihr Einverständnis erklärt hat.

Artikel 17 soll durch folgenden Absatz ergänzt werden: „Ob diese Voraussetzung vorliegt, entscheidet im Beschwerdewege der Staatsgerichtshof.“

Werden dagegen Einwendungen erhoben?

(Abg. Bauer: Jawohl —

Abg. Euler: Es ist von uns ein Initiativantrag gestellt worden!)

Ich muß erst die Anfrage stellen, ob der Antrag unterstützt wird. Wir brauchen dazu 10 Stimmen. Ich bitte die Damen und Herren, die den Antrag unterstützen, eine Hand zu erheben. — Es reicht aus. Zu dem Artikel 17 hat die LDP den Antrag gestellt, im letzten Satz die Worte „im Beschwerdewege“ zu streichen.

Abg. Bauer (KPD):

Ich möchte zu dem Zusatzantrage des Verfassungsausschusses eine Erklärung zur Abstimmung abgeben. Wir haben zu erklären, daß wir den Zusatzantrag, den der Verfassungsausschuß heute mit einer kleinen Mehrheit angenommen hat, ablehnen, weil dadurch die Freiheit und andere Rechte der Verfassung einer Verwaltung ausgeliefert werden, während der Zusatz nur bezwecken sollte, daß die höchste Instanz, nämlich der Staatsgerichtshof, feststellen kann, wann der verfassungsmäßige Zustand angegriffen oder gefährdet ist. Wir sind nicht in der Lage, der Verwaltung eine solche hochpolitische Entscheidung zu überlassen.

Präsident:

Sie haben von der Erklärung des Herrn Abgeordneten Bauer Kenntnis genommen.

Wir haben nun abzustimmen über den Antrag der LDP, in Artikel 17 letzter Satz die Worte „im Beschwerdewege“ zu streichen. Ich bitte die Damen und Herren, die für den Antrag der LDP stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen über Artikel 17 in der ursprünglichen Fassung. — Das ist die große Mehrheit. — Der Artikel 17 ist angenommen.

Wir kommen zu Artikel 36. Absatz 3 und 4 sollen an den Schluß des Artikels 29 gesetzt werden. Der Artikel 29 würde dann also wie folgt lauten:

Präsident

Für alle Angestellten, Arbeiter und Beamten ist ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen.

Im Rahmen dieses Arbeitsrechts können Gesamtvereinbarungen nur zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmungen oder ihren Vertretungen abgeschlossen werden. Sie schaffen verbindliches Recht, das grundsätzlich nur zugunsten der Arbeitnehmer abgedungen werden kann.

Das Schlichtungswesen wird gesetzlich geregelt.

Das Streikrecht wird anerkannt, wenn die Gewerkschaften den Streik erklären.

Die Aussperrung ist rechtswidrig.

(Abg. Euler: Ich bitte über den Absatz 5 des Artikels 29 gesondert abstimmen zu lassen!)

Ich lasse über Absatz 5 des Artikels 29 abstimmen. — Gegen die Stimmen der LDP angenommen.

Ich lasse nunmehr abstimmen über den Artikel 29 in der beantragten Fassung. — Gegen 6 Stimmen der LDP angenommen.

Ich rufe auf Artikel 36 und bitte die Damen und Herren, die dafür stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Artikel 41.

Es soll in Verbindung mit der Abstimmung über die Verfassung eine gesonderte Abstimmung über diesen Artikel 41 erfolgen dergestalt, daß die Wähler befragt werden sollen, ob sie den Artikel 41 in der vorliegenden Fassung in die Verfassung aufgenommen haben wollen.

Ich lasse zunächst über den Artikel 41 abstimmen. — Gegen die Stimmen der LDP angenommen.

Dann lasse ich abstimmen über den Antrag, wonach die Wähler befragt werden sollen, ob sie den Artikel 41 in der vorliegenden Fassung in die Verfassung aufgenommen haben wollen. — Einstimmig angenommen.

Damit wären wir mit den Abstimmungen zu Ende. Bevor wir zur Schlußabstimmung schreiten, haben die Fraktionsführer noch um das Wort gebeten.

Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Abgeordneten Euler.

Abg. Euler (LDP):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion wird in der GesamtAbstimmung gegen die Verfassung stimmen. Wir gehen dabei von der grundlegenden Erwägung aus, daß die hessische Verfassung in der vorliegenden Form eher einer Art Reichsverfassung gleicht, als einer Landesverfassung. Meine Fraktion hat sich bis zuletzt bemüht, eine für alle Parteien annehmbare Verfassung auf der Grundlage zustande zu bringen, daß wirklich eine Beschränkung auf den für eine Landesverfassung notwendigen Inhalt eingetreten wäre. Wenn wir uns den Inhalt der Abschnitte über die Wirtschafts- und Sozialfragen, über die Kirchen- und Schulfragen betrachten, so müssen wir dagegen den Einwand erheben, daß hier Materien zum Inhalt der Landesverfassung erhoben wurden, die der Regelung auf der höheren Ebene überlassen bleiben müssen. Seit mehr als hundert Jahren ist die deutsche Wirtschaft nicht an territoriale Grenzen innerhalb Deutschlands gebunden.

(Abg. Caspary: Das steht wörtlich in der Denkschrift der Industrie- und Handelskammer!)

Seit mehr als hundert Jahren wurde daraus die Konsequenz gezogen, daß die wirtschaftlichen Fragen nicht grundlegend innerhalb der einzelnen Länder geregelt werden können. Die deutsche Reichsverfassung von 1871 hatte diese Materie der Zuständigkeit des Reichs unterstellt, und auch die Weimarer Verfassung von 1919 hatte das selbstverständlich getan. Wenn wir uns heute vorstellen, daß

Euter

in einem Zustande, in dem die deutsche Rechtseinheit fortbesteht und in dem wir alles daran setzen sollten, um die Einheit der deutschen Wirtschaft und auch die deutsche Verwaltungseinheit möglichst schnell wiederherzustellen, die deutschen Länder daran gehen, innerhalb ihres eng umgrenzten territorialen Bereichs jedes sich eine besondere Wirtschafts-Verfassung zu geben, jedes für sich eine besondere Sozialgesetzgebung zu schaffen, die Sozialisierung in verschiedenen Stufen durchzuführen, verschiedene geartete Betriebsrätegesetze zu entwickeln; dann, meine Damen und Herren, müssen wir sagen: das liegt nicht in der von allen Deutschen heute zu verfolgenden Tendenz, zur schnellsten Wiederherstellung der deutschen Wirtschafts-, Verwaltungs- und politischen Einheit alles Erforderliche zu tun. Es droht die große Gefahr, daß dann, wenn, wie die hessische Verfassung es tun will, die entsprechenden Gesetze über die Sozialversicherung, über die Wirtschafts-Verfassung, über Betriebsräte und so fort innerhalb der einzelnen Länder erlassen werden, eine Chaotisierung des deutschen Wirtschaftslebens eintritt, die noch über das hinausgeht, was wir im Augenblick erleben. Dabei steht doch fest, daß wir alles daran setzen müssen, um diesen traurigen Zustand zu überwinden. Wir können uns dabei auf die tatkräftige Initiative der Besatzungsmächte stützen, die bereits dazu geführt hat, daß auf der bizonalen Ebene Verwaltungs- und Gesetzgebungsorgane bestellt wurden in der Hoffnung, daß es gelingt, diese bizonale Einheit in eine Wirtschafts-, Verwaltungs- und politische Einheit aller Zonen zu verwandeln. Wir wollen alles daran setzen, daß die Grundgesetze unseres zukünftigen wirtschaftlichen und sozialen Seins nicht innerhalb der einzelnen Länder erlassen werden, wie es diese Verfassung in Aussicht stellt, sondern tatsächlich von Organen der Ländereinheit, mindestens von zwei Zonen, hoffentlich aber von der gesamtdeutschen Einheit. Das heißt aber, daß das, was in unserer Landesverfassung steht, auf dem Papier stehen bleibt. Das wäre immerhin das Wunschenswerte.

(Lachen bei der SPD und CDU)

Wir haben dann in der Landesverfassung Grundsätze, die niemals durch entsprechende Bestimmungen hessischer Gesetze verwirklicht werden. Die Regelung dieser Materien wird eben innerhalb der höheren Einheit erfolgen. Das Gleiche müssen wir uns wünschen für die grundlegende Regelung der Kirchen- und Schulfragen, um auch auf diesem Gebiete eine Zersplitterung innerhalb des gesamten deutschen Raumes zu vermeiden, die für uns alles andere als segensvoll sein würde.

In dieser Lage, die darauf hindeutet, daß die jetzt beschlossenen Verfassungsbestimmungen entweder die deutsche Einheit hermen oder aber daß sie nur auf dem Papier stehen bleiben, lehnen wir das zwischen der SPD und der CDU zustande gekommene Kompromiß ab. Wir möchten dabei zum Ausdruck bringen, daß selbstverständlich der Demokratie Kompromisse wesenseigentümlich sind. Denn demokratisch ist gerade ein Verhalten, das nicht darauf abzielt, seine Auffassung unbedingt und unter allen Umständen durchzusetzen oder aber sie den andern vergewaltigend aufzuerlegen. Man soll gerade — das ist richtig — zusammen handeln, um auf einer mittleren Linie zusammenzukommen. Aber das Kompromiß muß im Einzelfalle immerhin derart beschaffen sein, daß man sagen kann: es ist prinzipiell richtig, es liegt auf einer Basis, die dem Gesamtproblem angemessen ist. Das ist hier eben nicht der Fall, weil es sich bei dem Kompromiß inhaltlich insbesondere um Bestimmungen handelt, die nicht Gegenstand einer Länderregelung sind und nicht sein können.

Zum ändern, meine Damen und Herren, haben wir unsere Arbeit unter den großen Gesichtspunkt gestellt, daß

die Lehre der letzten zwölf Jahre darin liegt, die individuelle Freiheit wieder zu Ehren zu bringen.

(Abg. Knothe: Wie Sie sie auffassen?)

Das Kompromiß, wie es nun zustande gekommen ist, zeigt Regelungen, die diesen Gesichtspunkt nicht hinreichend beachten.

Wenn wir beispielsweise in Artikel 31 lesen, daß der Achtstundentag die Regel ist, so haben wir nichts gegen diese Regel. Wir sagen nur: es hätte gerade in Anbetracht der Notlage unseres Volkes doch ein unzweideutiger Zusatz gemacht werden müssen, der es ermöglicht, daß jeder freiwillig über diese gesetzlichen acht Stunden hinaus arbeiten kann.

(Zurufe von der SPD und CDU)

Die Regelung, wie sie jetzt getroffen ist, gibt zu weitgehenden Mißverständnissen Anlaß! Wir haben uns deshalb auch, weil wir einen hinreichenden Zusatz vermissen, bei der Abstimmung über diesen Artikel der Stimme enthalten, um so zum Ausdruck zu bringen: Wir haben an sich nichts gegen das Prinzip; wir hätten nur einen Zusatz für erforderlich gehalten, der klipp und klar zum Ausdruck bringt, daß freiwilliger Mehrarbeit dadurch kein Eintrag geschehen kann.

(Abg. Caspary: Damit die Regel ja nicht zur Regel wird!)

Ebenso vermissen wir den Gedanken der Freiheit in den Bestimmungen des Artikels 35 über die zukünftige Sozialversicherung, von der gesagt wird, daß sie „eine das gesamte Volk umfassende Sozialversicherung“ sein soll, also eine Zwangssozialversicherung für alle. Wir hatten in dieser Richtung Vorschläge entwickelt, die aus sachlichen Gründen sich auf die Feststellung beschränkten, daß die deutsche Sozialversicherung allerdings mit Rücksicht auf die Verhältnisse einer gründlichen Neuordnung bedarf. Welcher Art diese Neuordnung ist, wie weit man gehen muß, um den erforderlichen Lastenausgleich zu erzielen, das, meine Damen und Herren, weiß ja im Augenblick noch niemand;

(Zuruf von der SPD: Doch!)

denn die tatsächlichen Unterlagen, die die Sachverständigen zur Entscheidung dieser schwierigen Frage benötigen, sind im Augenblick überhaupt nicht feststellbar.

(Abg. Caspary: Vielleicht haben Sie diese Sachverständigen noch nicht!)

Wir wissen ja noch nicht einmal, welche Gebiete deutsch bleiben werden und wieviel Menschen auf diesen Gebieten leben werden.

Ebenso betrachten wir die Frage der Sozialisierung unter dem Gesichtspunkte einer Machtausbreitung des Staates, die der wirtschaftlichen Initiative und der Freiheit des einzelnen feindlich ist.

(Abg. Caspary: Vor allem dem schwarzen Markt feindlich, nicht wahr?)

Es ist in dem Artikel 38 von der Planwirtschaft die Rede. Es wäre richtig gewesen, hier von der wirtschaftlichen Freiheit auszugehen.

(Abg. Caspary: Und dem schwarzen Markt!)

und zu sagen: Wir benötigen die erforderlichen Erzeugungs- und Lenkungsmaßnahmen nur als Ausnahmeregelung für eine vorübergehende Zeit.

Zum schwarzen Markt: Ich habe in der letzten Plenarsitzung nicht von der Verschiebung von Konsumgütern gesprochen, sondern von den ungeheuren Schwierigkeiten, die heute bei allen Unternehmen bestehen, wenn sie die erforderlichen Rohmaterialien herbeischaffen sollen.

(Zuruf von der CDU: Das Protokoll wird zeigen, was Sie gesagt haben!)

Und diese Tatsache möchte ich noch einmal hervorheben.

Die Lenkungsmaßnahmen, wie sie heute bestehen und ihre Durchführung sind in keiner Weise geeignet, die erforderlichen Rohstoffe den Unternehmern zur Verfügung zu stellen. Wenn die Unternehmer nicht alles daran setzen würden, um außerhalb dieser Lenkungsmaßnahmen

(Zurufe von der SPD und CDU: Aha!)

Abg. Caspary: Also doch schwarzer Markt!

Rohstoffe zu bekommen, so wären die Arbeiter arbeitslos.

Wir möchten außerdem das rechtsstaatliche Prinzip in Ehren halten, daß dann, wenn schon eine Sozialisierung erforderlich ist — und sie ist nach unserer Auffassung dann erforderlich, wenn die Geschäftsführung des Unternehmens zum Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit führt — eine objektiv angemessene Entschädigung gezahlt wird; es sei denn, daß der besondere Fall mit den Voraussetzungen der Einziehung des Vermögens vorliegt. Jetzt ist die Entschädigung auf einen Maßstab abgestellt, der der Entschädigung einen weithin willkürlichen Charakter gibt. Das gilt nicht nur für die Sozialisierung nach Artikel 41, sondern auch für die Überführung des Großgrundbesitzes in das Gemeineigentum.

In allen diesen Fragen — das ist der Angelpunkt, aus dem heraus wir zu diesen Fragen Stellung nehmen — sehen wir den Gesichtspunkt der Freiheit, der persönlichen Freiheit mißachtet.

Das Gleiche gilt von den Fragen des Staatsaufbaues, in denen wir uns genötigt sehen, gegen Verfassungsbestimmungen Stellung zu nehmen. Als wir am 5. Juli hier zusammenkamen, hat der Herr Kollege Dr. Köhler Ausführungen gemacht, denen ich aus tiefstem Herzen zugestimmt habe, Ausführungen über die konstitutionelle Demokratie im Gegensatz zur formalen Mehrheitsdemokratie; Ausführungen, die darauf angelegt waren, eine Konstruktion der Demokratie zu befürworten, die den ausreichenden Schutz der Minderheiten sicherstellt und eine Versicherung auf Gegenseitigkeit gegen Anwandlungen des Machtmissbrauchs bietet. Das war alles sehr richtig, und Herr Dr. Köhler hat diese Vorschläge unter Gesichtspunkten entwickelt, die denen im letzten Jahr ähnlich waren. So wie in den wirtschaftlichen und sozialen Fragen die CDU sich die Auffassung der SPD zu eigen machte, so haben wir in den Fragen des Staatsaufbaues erlebt, daß die CDU im wesentlichen ihre Auffassungen preisgab. Die Zweite Kammer ist in der Versenkung verschwunden. Was jetzt in Artikel 155 gesagt wird, ist nichts anderes als ein Hervorheben der Tatsache, die nach der Verfassung besteht, daß nämlich durch eine Verfassungsänderung die Zweite Kammer jederzeit eingeführt werden kann. Das ist selbstverständlich; es brauchte in Artikel 155 nicht besonders gesagt zu werden.

Wir vermissen ferner die hinreichende Achtung des Prinzips der Teilung der Gewalten, die Voraussetzung dafür ist, daß im Staatsaufbau der Demokratie der Gesichtspunkt der Freiheit hinreichend zu Ehren kommt. Wenn beispielsweise in Artikel 127 Absatz 2 die Ernennung der Richter auf Vorschlag eines Richterwahlausschusses, eines Ausschusses, der wohl in starkem Maße parlamentarischer Natur und Herkunft sein wird, erfolgen soll, dann liegt darin eben die Gefahr des Ineinanderspielens von Gesetzgebung und Rechtsprechung. Ebenso ist nicht in hinreichendem Maße gewährleistet, daß der Staatsgerichtshof nach Artikel 130 die erforderliche Selbständigkeit haben wird; denn auch er wird ja vom Parlament gewählt, und die Wahl erfolgt, ohne daß eine Gebundenheit des Parlaments an Vorschlagslisten besteht.

Schließlich zur Stellung des Ministerpräsidenten: Der Ministerpräsident ist nicht nur seiner Regierung gegenüber, sondern auch gegenüber dem Parlament aus seiner Sonderstellung herausgenommen worden, die ihm der Regierungsentwurf wohlweislich anvertraut hatte. Denn es

ist ja immer davon auszugehen, daß der Ministerpräsident auch Funktionen wahrzunehmen hat, für die sonst ein Staatspräsident da ist. Nun haben wir die Auffassung der CDU, daß Hessen einen Staatspräsidenten haben müsse, von vornherein nicht für richtig gehalten. Aber gerade, wenn von einem Staatspräsidenten abzusehen wäre, muß doch die Exekutive in sich hinreichend gestärkt sein, damit der Ministerpräsident um so besser in der Lage ist, die zusätzlichen Aufgaben, die sonst einem Präsidenten zufallen würden, wahrzunehmen. Deshalb kann es um so verhängnisvoller werden, daß das Mißtrauensvotum nicht genügend beschränkt ist, und hier berührt sich der Gesichtspunkt der Freiheit mit der Herstellung einer wirklich arbeitsfähigen Demokratie. Wir haben stets darauf hingewiesen, es müsse alles getan werden, um häufige Regierungs- und Parlamentskrisen, die die fruchtbare Arbeit der Regierung unterbrechen, auszuschließen, damit wir nicht wieder in die Zustände hineinkommen, wie sie in der Zeit vor 1933 bestanden. Aus diesem Grunde hatten wir die entschiedene Beschränkung des Mißtrauensvotums beantragt, um sicherzustellen, daß eine bei Beginn der Legislaturperiode des Landtags gewählte Regierung für lange Zeit im Amt bleibt.

Unter dem Gesichtspunkt der Herstellung einer arbeitsfähigen Demokratie sind wir der Auffassung, daß das Volksbegehren nicht erforderlich ist, weil es nach der Erfahrung in allen modernen Demokratien, abgesehen von den besonderen Verhältnissen der Schweiz, noch niemals dazu geführt hat, daß gute Gesetze von Bedeutung geschaffen wurden.

Was aber das Schlimmste ist: Mit Zustimmung der CDU wurden die Bestimmungen aus dem früheren Entwurf gestrichen, die das Beamtentum verfassungsmäßig sanktionieren. Wir haben uns bei der Abstimmung über Artikel 134 und 135 der Stimme enthalten, weil gegen die in diesen Bestimmungen niedergelegten Grundsätze an sich nichts zu sagen ist. Die Bedeutung unserer Stimmenthaltung wird erst klar, wenn man sich daran erinnert, daß die beiden Artikel 134 und 135 an die Stelle früherer Vorschriften getreten sind, in denen klipp und klar das Berufsbeamtentum anerkannt war, und diesen Grundsatz der Anerkennung des Berufsbeamtentums wollten wir allerdings in einer hessischen Verfassung sichergestellt wissen. Denn, meine Damen und Herren, wir leiden heute darunter, daß infolge unabwendbarer Verhältnisse unser Berufsbeamtentum eben die frühere Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eingebüßt hat, und die Erfahrungen, die wir heute machen, zeigen, daß man, wenn es kein Berufsbeamtentum gäbe, es schleunigst schaffen müßte. Wenn wir wieder zu einer zuverlässig, sparsam und gut arbeitenden Verwaltung kommen wollen, was im Interesse aller liegt, dann läßt sich das nur auf dem Wege erreichen, daß wir wieder zuverlässige, saubere und gut vorgebildete Berufsbeamten in unserem Staat haben.

Nun zum dritten Problemkreis: Kirchen- und Schulfragen. Wir vermissen im Artikel 52 der Verfassung, daß die Ablösung der Staatsleistungen nicht von einer besonderen Vereinbarung mit den Kirchen, die dann einer gesetzlichen Bestimmung bedurft hätte, abhängig gemacht wird, sondern daß einfach die Legislative über die Abfindung und die Höhe der Staatsleistungen bestimmen kann. Wir vermissen auch eine besondere Bestimmung über die Gewährleistung des Kircheneigentums.

Im Schulwesen ist uns wesentlich, daß der neue Artikel 56 Absatz 2 zwar die Gemeinschaftsschule bringt, aber nicht die christliche Gemeinschaftsschule, und es ist das die christliche Gemeinschaftsschule Auszeichnende, daß neben dem obligatorischen Religionsunterricht der gesamte übrige Unterricht in den geeigneten Fächern derart ausgestaltet ist, daß der geistig-sittliche Gehalt des Christentums in einer der Entwicklung der abendländischen

Enter

Menschheit angemessenen Weise zur Darstellung gelangt. Wir glauben, es ist richtig, in den hierfür geeigneten Fächern den christlichen Charakter des Abendlandes, seiner Geschichte zur Darstellung zu bringen, weil andernfalls die ganze historische Entwicklung Europas, wie sie heute gegeben ist, unverständlich wäre. Es ist bezeichnend, daß sich in dieser Frage die CDU der Auffassung der SPD angeschlossen und es für richtig gehalten hat, prinzipiell die Gemeinschaftsschule, nicht aber die christliche Gemeinschaftsschule in der Verfassung zu verankern.

Wenn man sich nun alle die Punkte vor Augen hält, in denen die CDU im Kompromißwege ihre Auffassungen preisgegeben hat, dann fragt man sich: Was hat dabei für die CDU letztlich ausschlaggebend sein können? Die Erklärung findet man allerdings nur in dem jetzt in die Verfassung aufgenommenen Artikel 156 Absatz 2, wonach die Bekenntnisschule in dem Umfange wiederhergestellt werden kann, in dem sie am 30. Januar 1933 in gewissen kurhessischen und nassauischen Landesteilen bestanden hat. Hinsichtlich der Bekenntnisschule, meine Damen und Herren, müssen wir allerdings sagen, daß sie uns nicht geeignet erscheint, die konfessionelle Zwiespältigkeit in unserem Volke zu überwinden, sondern daß sie eher dazu angetan ist, diese Zwiespältigkeit zu erneuern und zu vertiefen.

(Sehr richtig bei der LDP)

Uns ist daran gelegen, das deutsche Volk zu befrieden, damit es über die sozialen Spannungen hinweg, über wirtschaftliche Interessenverschiedenheiten, über Stammesverschiedenheiten, über konfessionelle Verschiedenheiten hinweg zu einer tiefgegründeten Einheit kommt.

Aus diesen Gründen, meine Damen und Herren, haben wir uns entschieden, zu der Verfassung ein Nein zu sagen. Wir betonen dabei aber: Wir werden die Entscheidung des Volkes in gut demokratischer Weise anerkennen, um dann auf dieser neuen Grundlage, wie sie auch sein mag, weitere möglichst fruchtbare und positive Arbeit zu leisten. Die Gesetzgebungsarbeit der kommenden Monate und Jahre wird unter dem großen Gesichtspunkt stehen: die Nöte zu lindern, die heute so überaus schwer auf unserem Volke lasten. An der Gesetzgebung mit dem Ziele der Linderung dieser Nöte durch produktive Vorschläge mitzuarbeiten ist für uns eine Ehrensache, der wir uns mit allem Fleiß und mit aller Hingabe widmen werden, gleichgültig, wie die Entscheidung des Volkes am 1. oder am 8. Dezember ausfallen mag.

(Beifall bei der LDP)

Dann ungeachtet dessen, wie nun die Verfassung beschaffen sein mag, ob sie nach dem Willen des Volkes so wird, wie der jetzige Entwurf es vorsieht, oder aber ob sie anders wird, — für uns besteht das große Ziel, eine Demokratie in Deutschland heimisch werden zu lassen, die in Freiheit besteht und die die soziale Gerechtigkeit verkörpert. Dazu bedarf es aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, eines starken Schusses Freiheit. Ein amerikanischer Staatsmann hat einmal gesagt: Eine Demokratie kann ohne einen guten Schuß Liberalismus nicht bestehen, denn liberale Geistesart ist es; auf dem Boden der Toleranz, auf dem Boden der Achtung vor jedem einzelnen Menschen, gleichgültig, wie er im einzelnen geartet sein mag, an der Entwicklung des Ganzen im guten Geiste mitzuarbeiten. Der Geist muß der Geist jener wahren Aufklärung sein, deren Zweck Kant mit den Worten gezeichnet hat: das Volk aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit zur Selbstbestimmung seines Geschicks zu führen.

(Lebhafter Beifall bei der LDP)

Abg. Bauer (KPD):

Meine Damen und Herren! Vor einigen Monaten, am 5. August waren wir hier im gleichen Saale zusammen-

gekommen. Wir haben damals die Erklärungen der verschiedenen Parteien entgegengenommen. Auch wir als Kommunisten haben unseren Standpunkt zur Verfassung formuliert. Wir hatten einige Bedenken gegen die Ausarbeitung einer Verfassung in der gegenwärtigen Situation, erklärten aber dann noch einmal, nachdem der Herr Abgeordnete Dr. Bergsträßer uns die Gretchen-Frage gestellt hatte, ob wir überhaupt für eine Verfassung stimmen wollten, eindeutig: Ob wir für oder gegen die Verfassung stimmen werden, machen wir abhängig von dem Inhalt der Verfassung. Aber wir werden über die Verfassung abstimmen. Wir haben dann aktiv an den Arbeiten des Verfassungsausschusses, des Siebener-Ausschusses und des Redaktionskomitees teilgenommen und haben uns dabei bemüht, unseren Standpunkt offen und klar zu vertreten. Wir haben dabei aber auch gleichzeitig etwas anderes im Auge gehabt: Wir waren der Meinung, daß es bei der Lage, in der Deutschland sich gegenwärtig befindet, von außenpolitischen wie vom innenpolitischen Standpunkt aus gesehen unbedingt notwendig ist, die Einheit der bestehenden Parteien soweit als möglich, und so lange als möglich aufrecht zu erhalten. Ich werde auf diese außenpolitischen und innenpolitischen Gründe später noch eingehen.

Aus diesem Grunde auch waren wir, obwohl wir am 5. August erklärten, wir begrüßen es, daß dieses Haus eine linke Mehrheit aufweist, ohne weiteres bereit, an den Versuchen teilzunehmen, mit den beiden bürgerlichen Parteien zu einer Übereinstimmung in der Verfassungsfrage zu gelangen.

Man muß feststellen, daß diese Arbeiten durch Wochen und Monate hindurch von allen Seiten mit großem Verständnis geleistet worden sind. Ich glaube, jeder, der an diesen Besprechungen, an diesen oft sehr lange währenden und ermüdenden Sitzungen teilgenommen hat, wird zugeben müssen, daß hier ernsthaft der Versuch gemacht worden ist, etwas Positives und etwas Fortschrittliches zu schaffen.

Wir waren deshalb auf das unangenehmste berührt, als gegen den Schluß der Verhandlungen durch das Vorgehen der beiden großen Parteien dieses Bemühen um eine Einheit aller vier Parteien fehlschlug. Wohl gemerkt handelt es sich dabei nicht darum, ob es nun möglich sei, alle vier Parteien oder nur drei oder nur zwei Parteien zu einer Übereinstimmung zu bringen. Es handelt sich einfach um die Methode, die angewendet wurde und die ganz zweifellos etwas mehr als stark im Gegensatz stand zu dem, von dem Herr Kollege Dr. Köhler so oft spricht: dem Machtrausch einer bestimmten Partei oder zweier Parteien, wenn sie größer werden, wenn sie die Mehrheit haben.

Unter diesem Gesichtspunkte müssen wir alles das, was sich seither abgespielt hat, sehen. Wir haben uns aber nicht von irgendwelchen Ressentiments beeinflussen lassen, sondern wir haben als Kommunisten nüchtern geprüft: Was bedeutet das Kompromiß zwischen CDU und SPD? Was ist von der Verfassung übrig geblieben? Es galt für uns überhaupt die Frage zu klären: Hat diese Verfassung noch einen fortschrittlichen Charakter oder nicht? Entspricht sie noch dem Charakter, entspricht sie den Forderungen, für die wir in den Verfassungskampf gegangen sind? Und da müssen wir erst einmal die negative Seite genauestens prüfen. Wir müssen feststellen, daß die Sozialversicherung stark verwässert worden ist. Wir müssen feststellen, daß der berühmte Mißtrauensartikel durch die Forderung der CDU, die Angst hatte, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, von denen sie in den Ausschüssen erklärte: Jawohl, dieser Kapitalismus hat nicht mehr das Recht, in dieser Art und Weise zu leben und weiter auf dem Rücken des deutschen Volkes zu arbeiten — man hatte Angst, diese Feststellungen nun tatsächlich in die Verfassung hinein zu bringen. Man

Dauer

glaube, man müsse wieder eine allgemeine Gleichheitsduselei machen, auch gegenüber Menschen, von denen wir klar und deutlich gerade jetzt wieder oder zum x-ten Male wieder nach einhalb Jahren Befreiung wissen, welche Absichten sie ein drittes Mal und ein viertes Mal verfolgen; man glaubt, man dürfe diesen Menschen nicht wehe tun, und man hat sich bereit erklärt, einem allgemeinen Mißbrauchsartikel zuzustimmen, der unter bestimmten Umständen zu einer Gefahr auch für die Mehrheit des Volkes, für das schaffende Volk werden kann.

Wir werden, verehrte Anwesende, um das gleich vorzunehmen, bei der Sonderabstimmung über Artikel 41 mit Ja stimmen. Wir werden im Wahlkampfe mit aller Macht für die Abnahme dieses Artikels eintreten. Dabei möchte ich aber betonen, daß wir es gerade heute vielleicht noch stärker bedauern, daß dem Kompromiß die chemischen Großbetriebe zum Opfer gefallen sind. Wer draußen etwas herumgehört hat, der weiß, daß man sich in unserem Volke bisher — zum Teil verständlicherweise — für Verfassungsfragen wenig interessiert hat. Aber in der Arbeiterschaft hat die Nachricht, daß die chemischen Großbetriebe aus diesem Artikel herausgestrichen wurden, alarmierend gewirkt. Der Herr Kollege Richter von den Gewerkschaften wird das nicht leugnen können; er wird es bestätigen müssen. Es sind nicht nur Resolutionen gefaßt und allen vier Fraktionen zugesandt worden; auch in zahlreichen Versammlungen wurde an die Gewerkschaften und an die Links-Parteien die Forderung gestellt, die chemischen Großbetriebe in diesen Artikel wieder aufzunehmen. Wir hatten beabsichtigt, in der heutigen Sitzung einen diesbezüglichen Antrag einzubringen. Er ist nicht zur Diskussion und nicht zur Abstimmung gekommen, weil keine neuen Anträge gestellt werden können. Aber ich erkläre schon heute namens meiner Fraktion, daß wir im künftigen Landtag mit aller Kraft dafür eintreten werden, daß die chemischen Großbetriebe in die Kategorie derjenigen Betriebe aufgenommen werden, die in Gemeineigentum überführt werden müssen.

Ich komme damit zum nächsten Kapitel des Kompromisses, dem wir niemals zustimmen werden, das sind die Fragen der Kirche und Schule. Es war kein geringerer als Dr. Schumacher, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, ein Mann, von dem man beim besten Willen nicht behaupten kann, er sei Kommunist oder auch nur kommunistenfreundlich eingestellt, der vor 14 Tagen in einer Versammlung in Berlin feststellte, daß der Katholizismus seit der Zeit der Reformation politisch noch niemals so aktiv war, nicht nur bei uns in Deutschland, sondern in ganz Europa und der ganzen Welt, wie gerade jetzt, wie gerade in dieser Nötzeit, wo er hofft, losschlagen zu können und aus den Trümmern für sich zu retten, was zu retten ist.

(Gelächter bei der CDU)

— Meine Herren von der CDU, Sie können lachen, so viel Sie wollen. Ich gebe Ihnen einen guten Ratschlag: Fragen Sie einmal bei Ihren Freunden von der MRP in Frankreich an; ich werde dann gleich noch Äußerungen Ihrer Freunde von dort zitieren. Diese haben gerade jetzt ihre Erfahrungen damit gemacht, und es ist vielleicht interessant, daß wir erfahren haben, daß es in den kirchlichen Kreisen, bei den höchsten Kirchenfürsten beider Konfessionen, sehr heftige Diskussionen gegeben hat, ob man überhaupt dieser Verfassung zustimmen solle oder nicht, einerseits wegen ihres fortschrittlichen sozialen Charakters, zweitens weil anstelle des — —

(Lachen bei der SPD; Zuruf von der CDU: Woher wollen Sie das wissen?)

Abg. Jansen: Es hat das, was Sie sagten, schon oft nicht gestimmt!

— Ich habe schon oft bewiesen, daß es hundertprozentig

stimmt, was ich sage, Herr Jansen. — Die Kirchenfürsten waren eine Zeitlang gegen diese Verfassung — sie haben sich dann von führenden CDU-Leuten überzeugen lassen — wegen ihres sozialen Charakters, aber auch deswegen weil die Vorrechte der Kirche nicht klar genug, nicht eindeutig in dieser Verfassung formuliert sind.

Weil in dieser Verfassung trotz einer anderen Mehrheit im Verfassungsausschuß wiederum die Gleichheit der Kirche mit dem Staat proklamiert wird, — und die CDU ließ es sich angelegen sein, dies gleich in der Öffentlichkeit zu propagieren —, deshalb lehnen wir diesen Teil der Verfassung auf das entschiedenste ab.

Wir bedauern auch — und deshalb lehnen wir auch diese Bestimmung ab —, daß man von dem Grundsatz der Simultanschule abgegangen ist, daß man zugegeben hat, daß die Kinder „in der Regel“ in der Simultanschule erzogen werden, und daß man sogar noch zugegeben hat, daß in bestimmten Gebieten Konfessionsschulen unterhalten werden können, wenn die Eltern es wünschen. Ich glaube, es ist die größte Gefahr für den künftigen Aufbau Deutschlands, daß man der CDU diese Konzession gemacht hat.

(Abg. Jansen: Aber die Demokratie?)

— Es hat mit Demokratie nichts zu tun, daß in den Landesteilen, in denen vor 1933 Konfessionsschulen bestanden, die schlimmsten Antisemiten gelebt haben.

Aus diesen Gründen und vielen anderen sind wir gegen die Konfessionsschule.

Wir stellen weiter fest, daß ein Versprechen — zwar ein vages Versprechen, aber immerhin ein Versprechen — gemacht wurde hinsichtlich des Senats. Ich weiß genau, daß das abhängt von künftigen Verhandlungen, von künftigen Abstimmungen nicht nur im Landtag, sondern auch im Volk. Trotz alledem war es nicht nötig, diese fortschrittliche Verfassung durch diesen Artikel zu verunschönern.

Was die Schule angeht, so gestatten Sie mir, noch zwei Dinge vorzutragen, die wir ablehnen. Das ist die Streichung der Lernmittelfreiheit an den Universitäten und die Möglichkeit der Errichtung von Privatschulen.

Es gibt noch eine Reihe anderer Dinge in diesem Kompromiß, zu denen wir manches zu sagen hätten. Aber wir Kommunisten haben nüchtern geprüft: Was ist in der Verfassung von dem, was im Verfassungsausschuß erarbeitet worden ist, in positivem und fortschrittlichem Sinne erhalten geblieben, und steht das im Einklang mit den Grundsätzen, die wir hier am 5. August noch einmal aufgestellt haben? Und da stellen wir fest, daß die Gleichstellung der Frau geblieben ist, daß das wesentliche Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte erhalten geblieben ist, daß der Art. 41 sich noch vorfindet, trotzdem ein wesentlicher Teil seines Körpers amputiert wurde, daß die Planwirtschaft in der Verfassung verankert wurde, daß zumindest der Versuch gemacht wird, das Justizwesen auf eine neue Basis zu stellen und daß in der Verfassung die Grundlage dafür gegeben ist, ein völlig neues Beamten-gesetz bei uns zu schaffen. Wir wissen, daß diese Formulierungen, wie sie jetzt in der Verfassung enthalten sind, nicht ganz unseren Wünschen entsprechen. Wir haben ihnen aber zugestimmt, weil wir sie als Grundlage für die künftigen Arbeiten des Landtags betrachten.

Endlich stellen wir fest — und das ist ebenso wesentlich für uns, oder es ist eigentlich das Entscheidende —, daß durch diese Verfassung in nichts die Einheit Deutschlands, die künftige einheitliche Gestaltung Deutschlands, gefährdet wird.

Stellen wir die Für und die Wider gegenüber, so erhebt sich für uns als Kommunistische Partei die Frage: Stimmen wir mit Ja oder mit Nein? Und da komme ich zurück auf die Lage, in der Deutschland sich befindet. Ich sagte schon: außenpolitisch und innenpolitisch erschien

Hauer

es uns wesentlich, daß so weit wie möglich keine internen Parteikämpfe zu heftigen Auseinandersetzungen führen, weil dies der Zukunft Deutschlands schaden könnte. Außenpolitisch ist uns in den letzten 24 Stunden noch einmal vorexerziert worden, daß wir noch kein freies Land sind, daß wir von den Besatzungsmächten abhängig sind. Es ist eine Tatsache, daß wir in vielen wesentlichen Fragen, die unser Land angehen, die unsere Zukunft betreffen, nicht allein entscheiden können, so daß wir gerade auch von dieser Stelle aus im Interesse Deutschlands warnen möchten: Hüten wir uns vor Illusionen, selbst wenn heute hier eine Verfassung angenommen wird und wenn später das Volk ihr zustimmt. Es wird noch eine geraume Zeit vergehen, bis wir sagen können: Wir sind wirklich unabhängig, wir sind wirklich frei. Dieser Zeitpunkt hängt ab von den Besatzungsmächten, hängt aber auch von uns selbst ab.

Damit komme ich zur Innenpolitik. In unserer Innenpolitik müssen wir eines feststellen, etwas ähnliches wie in Frankreich: Neben den bestehenden Parteien, die heute für eine Demokratie in Deutschland, für den Fortschritt eintreten, entwickelt sich mehr und mehr eine außerhalb der Parteien stehende Formation der Reaktion, eine Formation, die nicht anerkennen will, daß Deutschland geschlagen wurde, und die insbesondere nicht zugeben will, daß der Hitler-Faschismus in Deutschland ausgespielt hat. Die Bombenattentate in Stuttgart und an anderen Orten, Äußerungen von Jugendlichen in den Schulen, die Tatsache, daß ein Professor in Frankfurt am Main, der einmal Kultusminister unseres Landes war, unter dem tosenden Beifall aller Studenten erklären konnte: Ihr müßt allen Parteien einmal zeigen, was Demokratie ist — ich könnte noch stundenlang solche Dinge anführen —, diese Tatsachen beweisen, daß außerhalb unserer Aktivität, außerhalb unseres Tuns die Reaktion und die übriggebliebenen faschistischen Kräfte im Begriff sind, sich neu zu formieren, zwar noch zögernd, aber immerhin schon lauter werdend als noch vor einem halben oder vor einem Jahre. Wenn wir es ehrlich meinen mit unserer Mission, die ja auch in dieser Verfassung niedergelegt sein soll, müssen wir uns wirklich bemühen, zusammenzuhalten, um diesen Hauptfeind des deutschen Volkes und der deutschen Freiheit niederzumachen. Denn darüber müssen wir uns klar sein, verehrte Anwesende: solange noch Reste solcher faschistischen Kräfte in unserem Land vorhanden sind, werden die Besatzungsmächte gar nicht daran denken, von hier wegzugehen und uns die volle Freiheit zurückzugeben.

Verehrte Anwesende! Das ist auch der Grund, warum ich als Vertreter der Kommunistischen Partei Ihnen heute noch etwas anderes sagen möchte. Der Kampf, der von allen Seiten gegen die Kommunistische Partei geführt wird, hat gerade in den letzten Wochen wieder an Heftigkeit zugenommen. Wir können das nicht verhindern, aber wir halten es für unsere Pflicht, Sie daran zu erinnern, wie es damals begonnen hat. Es begann damit, daß man gegen die Kommunisten kämpfte, und als die Kommunisten in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern saßen, da kamen der Reihe nach die anderen dran. Es ist das von mir schon erwähnte französische katholische Blatt „l'Aube“, das Blatt von George Bidault, das in einer Stellungnahme zu dem Problem Deutschland in der vorigen Woche schrieb, es habe Furcht, daß aus dem Antikommunismus in Deutschland ein bössartiger reaktionärer Faktor werden könne.

Verehrte Anwesende! Ich sage noch einmal, jeder von Ihnen trägt die Verantwortung für das, was er tut. Wir wollen hier nicht rechten und richten; aber wir stehen auf dem Standpunkte: Wir helfen der Entwicklung in Deutschland nicht,

(Zuruf von der CDU: Die SED auch nicht!)

wenn heute versucht wird, zwischen die bestehenden Parteien einen Keil zu treiben. Wie dem auch sei, wir werden im Interesse der Demokratie in Deutschland diese Politik nicht mitmachen. Wir kennen die Absichten bestimmter reaktionärer Kräfte, die darauf hinauslaufen, uns als Kommunisten so zu provozieren, daß wir wieder — so wurde es in einer Zeitung gesagt — die gleiche Politik treiben „wie einst im Mai“. Meine Damen und Herren, da werden Sie Pech haben; wir werden nicht mehr eine Politik treiben, „wie einst im Mai“. Wir haben viel zu viel Blut vergossen, als daß wir das noch einmal tun würden. Wir werden uns nicht genieren, sehr klar und deutlich unsere Meinung zu allen Dingen zu sagen, wie jedem andern dieses Recht auch zusteht. Wir werden unter Umständen auch mit sehr viel Temperament — und das soll ja hief schon geschehen sein — jemand attackieren oder kritisieren. Aber wir werden nicht vergessen, wer unser Hauptfeind ist. Der Hauptfeind heißt heute leider nach wie vor die Reaktion, von der wir, Herr Kollege Euler, durch Sie heute leider erneut ein Kostprobe erhalten haben.

Die Reste dieses Faschismus auszurotten wird unsere Aufgabe sein. Wir werden uns durch keine Provokation von dieser unserer Aufgabe, die wir uns allein gestellt haben und die wir als richtig erkannt haben, abbringen lassen.

Das, verehrte Anwesende, ist auch der Grund, weshalb wir trotz großer Bedenken für die Verfassung stimmen und das Volk auffordern werden, mit Ja zu stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden unsere Bedenken gegen bestimmte Artikel dieser Verfassung anmelden. Das wird uns niemand übel nehmen können. Wir werden sagen: Diese und jene Dinge hätten anders sein können. Wir werden das auch später im Landtag sagen, und wir werden ganz offen dafür eintreten, daß bestimmte Dinge, die in der Verfassung vorgesehen sind, nicht verwirklicht werden und daß andere Dinge — wie man so schön sagt — aufgebügelt werden nach den Gesetzen auf Grund der Rechte, die uns, sollte die Verfassung angenommen werden, zustehen.

Aus diesem Grunde auch möchte ich Ihnen zum Schluß folgendes sagen:

Unser motiviertes Ja ist begleitet von der Erkenntnis Ferdinand Lasalles, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, daß diese Verfassung mit ihren positiven und ihren negativen Seiten Papier darstellt, wenn nicht im künftigen Landtag Menschen sitzen, die den Willen haben und fest entschlossen sind, diese Verfassung in die Wirklichkeit umzusetzen. Wir wissen: das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ist in dieser Verfassung festgelegt. Aber wir wissen auch ganz genau, daß es nicht durch einen Befehl im Staatsanzeiger von Groß-Hessen verwirklicht werden wird. Wir werden bestimmte Widerstände überwinden müssen, und es wird die Aufgabe des künftigen Landtags sein, darüber zu wachen und dafür zu sorgen, daß diese Verfassung Leben erhält und daß sie die Grundlage darstellt für ein neues demokratisches Deutschland. Das bedingt aber auch, verehrte Anwesende — und damit schließe ich meine heutige Rede mit dem, was ich zu Beginn der Verhandlungen am 5. August dieses Jahres sagte und was ich inzwischen schon einmal wiederholte —: Wir alle müssen uns bemühen, die zentralen Aufgaben, die für unser Volk stehen, zu sehen und in den Vordergrund zu schieben. Wir alle müssen uns bemühen — wir ebenso wie auch Sie (zur Rechten) —, bestimmte Maximalforderungen hintanzustellen, weil wir leider nach einundeinhalb Jahren in Deutschland noch immer im tiefsten Elend sitzen und weil es wahrscheinlich noch lange dauern wird, bis wir herauskommen aus der Not. Bisher hatten wir es sehr leicht. Bisher hieß es: Wir haben eine Regierung, die von der Militärregierung eingesetzt ist. Meine Damen und Herren, sollte die Verfassung angenommen werden, dann

Dr. Köhler

wird es Ende Dezember anders heißen. Dann zeichnet der Landtag und dann zeichnet die von ihm gewählte Regierung verantwortlich für das Wohl und Wehe unseres Volkes in Hessen, und sie zeichnen verantwortlich auch dafür, wie die weitere Entwicklung in unserer Heimat und in ganz Deutschland sich vollziehen wird.

In der Überzeugung, daß dazu fortschrittliche Menschen notwendig sind, Menschen, die auch den Mut zum Neuen haben und die nicht Angst haben, den letzten Schritt zu tun, selbst wenn sie das Ende erkennen — in dieser Überzeugung treten wir den Kampf um die Verfassung vor dem Volke an, treten wir den Kampf an um einen fortschrittlichen Landtag, der unter der Parole der Wahrheit, des Mutes, des Neuen, des Sozialen und der Demokratie für ganz Deutschland tätig sein wird.

(Lebhafter Beifall bei der KPD)

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe keine vorbereitete schriftlich fixierte Erklärung abzugeben, sondern ich möchte aus dem Erlebnis der Stunde heraus sprechen.

Wir stehen vor der Tatsache, daß ein Verfassungsentwurf fertiggestellt ist, und wir stehen vor der weiteren Tatsache, daß dieser Verfassungsentwurf die Zustimmung der Überwältigenden Mehrheit der hessischen Bevölkerung mit größter Wahrscheinlichkeit findet wird. Besinnen wir uns in dieser Stunde doch einmal darauf, was es heißt, vor diesen beiden politischen Tatsachen zu stehen: vor der Tatsache, einen Verfassungsentwurf geschaffen zu haben, und vor der weiteren Tatsache, daß dieser Verfassungsentwurf in wenigen Wochen Wirklichkeit werden wird! Wenn ich mir diese Tatsachen vor Augen halte, dann geht meine Erinnerung um dreizehn Jahre zurück, als Verfassung und Verfassungsrecht mit einem Federstrich aus dem deutschen Leben gestrichen wurden. Ich danke dabei vor allen Dingen an die grundlegende erste Bestimmung unserer Verfassung, die da lautet:

Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich, ohne Unterschied des Geschlechtes, der Rasse, der Herkunft, der religiösen und der politischen Überzeugung.

Meine Damen und Herren, wollen wir doch das Empfinden für diese Tatsache bis in die letzten Tiefen unseres Herzens eingehen lassen, für die Tatsache, daß in Deutschland nun wiederum ein solcher Rechtsgrundsatz Wirklichkeit wird, nachdem wir ihn dreizehn Jahre lang haben vermissen müssen.

(Sehr gut! bei der CDU)

nachdem wir unter dem Mangel dieses Rechtsgrundsatzes all das grenzenlose Elend, all die ungeheuerlichen Verbrechen haben über uns ergehen lassen müssen, die nun gottlob gesühnt sind vor wenigen Wochen in Nürnberg!

Zum zweiten wollen wir nicht vergessen, daß auch noch ein anderer Artikel in dieser Verfassung steht, der Satz:

Glauben, Gewissen und Überzeugung sind frei.

Auch das ist ein Tatbestand gewesen, dessen Mangel den vergangenen zwölf Jahren, eines seiner charakteristischen Merkmale aufgeprägt hat: daß weder Glaube noch Gewissen noch Überzeugung frei waren, das Edelste, das Höchste, was der Mensch in sich trägt, und was überhaupt den Sinn seines Wesens ausmacht, und daß wir das nun unserem Volke wieder schenken können und schenken dürfen. Wir aus unserer Anschauung heraus betrachten es als ein Geschenk und als eine Gnade des Himmels, die uns beschert wird, daß wir dazu berufen sind, die Freiheit des Gewissens, des Glaubens und der Überzeugung im kommenden Deutschland wieder in die Tat umsetzen zu dürfen, in Hessen wieder Wirklichkeit werden zu lassen.

(Bravo! bei der CDU)

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die Empfindungen, die mich in dieser Stunde bewegen, da ich noch einmal die Ehre habe, im Namen der Fraktion der CDU Weniges und Grundsätzliches zur Verfassung und zur Verfassungspolitik sagen zu dürfen. Ich halte es nicht für das Entscheidende, abzuwägen, wo das Plus und wo das Minus liegt. Es ist unwesentlich, festzustellen, ob dieser oder jener Artikel die eine oder die andere Fassung hätte erhalten können; sondern wesentlich ist, daß die Grundlage geschaffen wird, um endlich wieder in einem Rechtsstaate leben zu können, in einem Rechtsstaate, der dann auch gleichzeitig ein Staat der Demokratie sein soll.

Ich habe hier am 5. August im Namen der Fraktion der CDU zum Ausdruck gebracht, es wäre das Ideal einer Verfassung, wenn sie von allen Parteien gleichmäßig geschaffen werden könne, und es entspreche dem Sinn und dem Wesen einer Verfassung, wenn sie vom Volke als eine Volksverfassung empfunden werden könne. Wir möchten uns in dieser Stunde die Frage vorlegen, ob dieses Ziel, das ich damals aufgezeigt habe, erreicht worden ist. Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung: dieses Ziel ist erreicht; es ist der Zahl nach erreicht und ich glaube, es ist auch der Gesinnung nach erreicht. Es ist nicht uninteressant, unter diesem Gesichtspunkte festzustellen, daß vorhin in der dritten Lesung der einzelnen Artikel von 160 Artikeln 138 einstimmig angenommen worden sind und daß nur gegen 22 Artikel von der einen oder anderen Seite des Hauses gestimmt worden ist. Wenn schon eine Verfassung von 160 Artikeln in rund 140 Artikeln die einstimmige Annahme gefunden hat, dann darf doch das eine mit Fug und Recht festgestellt werden: Das kann dann nicht eine Verfassung sein, die einen irgendwie gearteten einseitigen Mehrheitscharakter trägt, sondern es ist eine Verfassung, die dem Empfinden des Volkes, durch die von ihm berufenen Vertreter zum Ausdruck gebracht, in überwältigendem Ausmaße entspricht.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Es ist nicht eine Mehrheitsparteien-Verfassung, sondern es ist — ich scheue mich nicht, es auszusprechen — eine Volksverfassung.

(Sehr gut! bei der CDU)

Dann mag im Einzelnen gewiß der eine oder andere mit dieser oder jener Bestimmung nicht einverstanden sein. Ich frage Sie alle, die Sie im Verfassungsausschuß, im Siebener-Ausschuß, im Redaktionskomitee, die Sie hier im Plenum an der Verfassung mitgearbeitet und mitgestimmt haben, ob einer unter Ihnen ist, der mit allen diesen Artikeln restlos einverstanden ist. Das wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Dann müßten wir ja alle restlos in unserer Gesinnung, in unserem Charakter, in unserer ganzen Geistigkeit übereinstimmen; eine Voraussetzung, die angesichts des Wesens des Menschen und seiner geistigen Aufgaben schlechthin eine unerfüllbare ist.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Daß wir aber gerade unter diesen Umständen, weil wir alle eine eigene Meinung haben, weil wir jeder für uns — selbstverständlich mit der Bescheidenheit, die jedem zukommt — beanspruchen dürfen, auch eine geistige Individualität zu haben, trotzdem 138 Artikeln von 160 Artikeln einmütig zugestimmt haben, ist ein Beweis dafür, daß Geist, Inhalt und Form von mehr als vier Fünfteln dieser Artikel Ausdruck der einhelligen Meinung dieses Hohen Hauses und damit der Bevölkerung unseres hessischen Landes ist.

(Lebhafter Beifall)

Damit ist die Voraussetzung auch dafür gegeben, daß diese Verfassung eine wahrhafte Volksverfassung ist. Weil sie eine Volksverfassung ist, deshalb sind wir auch verpflichtet, alles dafür einzusetzen, daß niemals wieder Kräfte hochkommen, die etwa irgendwie gegnerisch oder

Dr. Köhler

feindlich dieser Verfassung gegenüber gestimmt sein könnten. Ich erachte es als einen historischen Fortschritt in der Entwicklungsgeschichte der Verfassungen, daß in Artikel 146 ausdrücklich die Verpflichtung niedergelegt ist — und diese Verpflichtung soll auch in dieser Stunde einmal in das Gedächtnis aller und besonders der Zuhörer unserer Verhandlungen zurückgerufen werden —: „Es ist Pflicht eines jeden, für den Bestand der Verfassung mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften einzutreten“. „Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht“, so heißt es in Artikel 147. Von unserem Willen, dem Geist und Zweck dieser beiden Artikel zu entsprechen, wird es abhängen, ob noch einmal Kräfte in Deutschland hochkommen, die bereit sind, faschistische Gedanken Vorschub zu leisten. Das ist die große Idee, die uns eint, und ich hoffe, daß wir alle ohne Ausnahme bereit sind, zu diesen Bestimmungen uns nicht nur zu bekennen, sondern im entscheidenden Augenblick auch die praktischen Folgerungen daraus zu ziehen.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir diesen Willen haben, meine verehrten Damen und Herren, dann können wir mit Recht sagen, daß wir eine demokratische Verfassung geschaffen und in Groß-Hessen die Demokratie gegründet haben.

Diese Verfassung, die nunmehr ins Leben treten soll, soll ein Glied werden in der weiteren Entwicklung eines kommenden gesamten Deutschlands. Diese Verfassung ist die Voraussetzung dafür, daß zunächst einmal für die US-Zone beim Länderrat in Stuttgart ein parlamentarischer Beirat gebildet wird. Sie ist die Voraussetzung dafür, daß in dem Zwischenstadium bis zum Werden der endgültigen deutschen Einheit bei den bizonalen Verwaltungseinrichtungen auch der Wille des Volkes seinen Ausdruck findet in der Bildung von parlamentarischen Beiräten. Diese Verfassung soll auch das Instrument dafür sein, jenes Zwischenorgan zu schaffen, das dazu dienen soll, der endgültigen Gestaltung einer gesamtdeutschen Einheit politische und verfassungsrechtliche Formen zu geben, nämlich so, wie wir es vor vier Wochen in der gemeinsamen Erklärung aller vier Parteien ausgesprochen haben, in einem deutschen Zwischen- oder Vorparlament oder, wie es inzwischen auf der Bremer Konferenz der Ministerpräsidenten besprochen worden ist, in einem deutschen Volksrat.

Freilich auch das muß in dieser Stunde gesagt werden: Die Grundlagen dieses kommenden einheitlichen Deutschlands — das erhoffen und erwarten wir alle — sollen so umfassend sein, wie es nur möglich ist. Ein amputiertes Deutschland würde für uns kein Deutschland sein und würde nicht als Deutschland leben können.

(Sehr gut! bei der CDU)

Die Grenzen unseres Landes im Osten und Westen mögen in Konsequenz des Potsdamer Abkommens und in Konsequenz der Erklärungen, die die verschiedenen Außenminister in den letzten Wochen und Monaten abgegeben haben, so sein, daß sie in Wahrheit ein einheitliches Deutschland, das lebensfähig ist, gewährleisten.

(Bravo! bei der CDU)

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die kommende Friedenskonferenz die Frage der deutschen Grenzen in einer Weise regeln wird, die den Forderungen der Gerechtigkeit, den Grundsätzen der Atlantik-Charta entspricht und so die Sehnsucht der Völker nach einem dauerhaften Frieden erfüllt, der auch wahrhaft nur ein Friede des Rechts und der Gerechtigkeit sein kann.

(Bravo! bei der CDU)

Ich möchte diese Stunde nicht vorübergehen lassen, ohne mich im Auftrage meiner Fraktion einer Pflicht zu

entledigen, und das ist diese: dem Herrn Vorsitzenden des Verfassungsausschusses unseren herzlichsten und uneingeschränkten Dank für die Art und Weise seiner Geschäftsführung, für sein hervorragendes Bemühen, auch in den schwierigsten Situationen zu einem Ausweg zu gelangen, zum Ausdruck zu bringen.

(Bravo! und Händeklatschen im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Ich erkläre hier im Namen meiner Fraktion: Wir werden der Bevölkerung Hessens zurufen: Stimmt mit „Ja“ zu dem Entwurf der Verfassung, über den nachher in der Schlußabstimmung endgültig entschieden wird! Wir sprechen dieses Ja aus in dem freudigen Bewußtsein und in dem Willen: Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der SPD)

Abg. Knothe (SPD):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die hessische Verfassung, über deren Entwurf wir jetzt in dritter Lesung abzustimmen haben, ist von dem Willen getragen, unserem hessischen Volke eine Grundlage zur Überwindung der Not und zum Aufbau eines neuen staatlichen Lebens zu geben. Wir sind davon überzeugt, daß sie diesem Ziel im wesentlichen gerecht wird und einen deutlich erkennbaren Fortschritt gegenüber der Verfassung von Weimar bedeutet. Wir wollen daher der Verfassung einschließlich des Artikels 41 unsere Zustimmung geben und auch im Volksentscheid dafür eintreten, daß die Wähler sowohl die Verfassung wie auch den Artikel 41 annehmen.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten wissen, daß dies nicht die Verfassung ist, die unseren inneren sozialistischen Verpflichtungen entspricht. Wir sind aber getragen von der inneren Überzeugung, daß es die Verfassung ist, von der man sagen kann, es ist die freieste, die wir bis dato in Deutschland hatten. Wir geloben darüber hinaus in dieser Stunde, daß wir mit aller Kraft dafür eintreten werden, daß die von uns gemeinsam geschaffene Verfassung im Volk lebt und stärkstens verankert wird, um damit der Zukunft unseres Volkes, dem Neubau der deutschen Einheit und dem Begriff der Freiheit und der Völkerverständigung den Weg zu bereiten.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich im Zusammenhang mit diesen Verfassungsfragen auch zu einigen anderen Problemen Stellung nehmen. Es erscheint mir notwendig, in dieser geschichtlichen Stunde einen Blick über die Grenzen unseres Landes zu werfen, und vornehmlich möchte ich Sie bitten, diese Blickrichtung nach Frankreich zu nehmen, zu jenem Volk, das im Jahre 1789 die Menschenrechte proklamierte, deren freier Geist und sittliche Kraft heute noch die Völker Europas durchdringt. Wir denken daran, daß es fast hundert Jahre her ist, daß die in der Frankfurter Paulskirche tagende Nationalversammlung einen Ansatz zur Neugestaltung innerhalb der deutschen Geschichte machte. Damals entstand in Deutschland eine politische Geistesrichtung, die die nationale Einheit herbeisehnte und sie im Kampf gegen die Dynastie herbeizuführen suchte. Wenn in der Paulskirche zu Frankfurt am Main um die Herstellung der einheitlichen deutschen Gestaltung gerungen wurde, dann, meine Damen und Herren, müssen wir Deutschen in der Gegenwart von der Auffassung durchdrungen sein, daß wir unser Blickfeld nicht mehr nur national begrenzen dürfen, sondern daß wir es ausrichten auf die europäische Ebene. Wir Sozialdemokraten kämpfen seit über sechs Jahrzehnten im deutschen Volk für die Erkenntnis der Notwendigkeit der vereinten Nationen von Europa. Wir trugen während der Zeit des Obrigkeitsstaates in uns das sehnsuchtsvolle Verlangen, daß die Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die im Jahre 1789 in Frankreich proklamiert wurden, auch in Deutschland Wirklichkeit

werden müssen, und wir führten um diese Grundrechte der Menschheit für das deutsche Volk einen erbitterten jahrzehntelangen Kampf.

Meine Damen und Herren! Aber schon vor der großen französischen Revolution — und vielleicht ist es geschichtlich notwendig und sehr wertvoll, darauf hinzuweisen — nahm der Virginische Konvent 1776 eine Verfassung an, die von George Mason entworfen war. Diese übte einen starken Einfluß auf die anderen amerikanischen Staaten aus und drängte bis auf den europäischen Kontinent, wo sie auch sehr stark das französische Volk beeinflusste. In einem Artikel dieser Verfassung, die, wie ich betonte, im Jahre 1776 gestaltet wurde, hieß es, daß alle Menschen von Natur aus in gleicher Weise frei und unabhängig sein sollten, daß alle Macht im Volk begründet liegt und Regierungsbeamte nur Diener und Vertrauensleute des Volkes sind, daß die Regierung eingesetzt sei für das allgemeine Wohl, den Schutz und die Sicherheit des Volkes. Um diese Zeit, in der sich der Staat Virginia diese auf den Menschenrechten fußende Verfassung gab, lastete auf Deutschland noch die Feudalherrschaft. Erst einige Jahre nach der französischen Revolution drangen die Ideen der Freiheit auch nach Deutschland und begründeten eine neue politische Geistesrichtung, die ihren Niederschlag in der revolutionären Bewegung des deutschen Bürgertums in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts fand. Wir Sozialdemokraten waren immer von der Erkenntnis durchdrungen, daß die sittlichen Gesetze der Menschheit in hohem Grade infolge der ökonomischen und sozialen Ungleichheiten unter den Menschen unwirksam blieben. Wir Sozialdemokraten wissen mit Ferdinand Lasalle — der Herr Kollege Bauer hat es bereits zum Ausdruck gebracht —, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Wir werden unsere ganze politische Kraft dafür einsetzen, daß die Verfassung des Landes Hessen nicht ein Stück Papier bleibt, sondern daß diese Verfassung in unserm Geiste Leben erhält, daß sie durchglüht wird von dem Geiste demokratischer, sozialistischer Realität.

Aber, meine Damen und Herren, wir wollen dem deutschen Volk und wir wollen der Welt gegenüber heute, da wir am Schlusse unserer Verfassungsarbeit stehen, zeigen und beweisen, daß der Geist von Potsdam — das zeigt dieses Verfassungswerk — endgültig abgewirtschaftet hat und daß der Geist der Paulskirche von Frankfurt, durchflutet von sozialistischem Willen, in der Verfassung des Landes Hessen umfassend niedergelegt worden ist.

Wir Sozialdemokraten können deshalb — das darf ich hier wohl zum Ausdruck bringen — mit gutem Gewissen vor das Volk treten und dürfen diese Verfassung, die heute angenommen werden dürfte, interpretieren und verteidigen.

(Beifall bei der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, die Welt soll auch davon überzeugt sein, daß es uns heiliger Ernst ist mit der Errichtung einer friedlichen Demokratie und daß wir den festen Willen haben, beachtend die Schaffung der Vereinten Nationen von Europa, das Band der gegenseitigen Verständigung und der Freundschaft unter den Völkern Europas zu knüpfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nehme diese geschichtliche Stunde zum Anlaß, um für meine Fraktion — ich bin überzeugt davon, daß Sie alle sich diesen Ausführungen vollinhaltlich anschließen werden — zum Ausdruck zu bringen, daß wir uns verpflichtet fühlen, insbesondere unserem großen Nachbarvolke zu sagen, daß wir mit allen Kräften auch für die internationale Auswertung dieser nunmehr auf beiden Seiten des Rheins anerkannten Grundsätze der Menschenrechte in Hessen wie in ganz Deutschland kämpfen werden.

(Lebhafter Beifall der SPD)

Dieses Gelöbnis ist geboren aus der Erkenntnis, daß das Zusammenleben der Völker nur auf der Grundlage dieser

Prinzipien ein dauerhaftes und friedliches zu sein vermag. Die deutsche Jugend dürstet danach, an der Kultur unseres großen Nachbarvolkes, an der französischen Kultur teilhaben zu können.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und CDU)

Die Sozialdemokratische Partei, meine Damen und Herren, bekundet durch diese Ausführungen nichts Neues. Seit ihrem Bestehen wirbt sie für eine Verständigung zwischen dem französischen und dem deutschen Volke. Wenn diese Verständigung, meine Damen und Herren, die sich während der Zeit von Weimar angebahnt hatte, zerschlagen wurde, so war dies das Werk jener Kreise, von denen einige Hauptschuldige am 1. Oktober dieses Jahres in Nürnberg verurteilt worden sind.

Die sich nun in Deutschland entwickelnde neue Demokratie sollte, meine Damen und Herren, als Garantie dafür gewertet werden, daß es dem deutschen Volke ernst ist, nicht nur im Innern eine neue geschichtliche Epoche zu beginnen, sondern sie auch nach außen zum Ausdruck zu bringen. Das Ergebnis der Wahlen in Groß-Berlin, meine Damen und Herren, ist ein Beweis für dieses neue, demokratische, sozialistische, friedliche Wollen. Man sollte in der übrigen Welt und man sollte auch in unserem Nachbarvolke in Frankreich bei der Beurteilung der werdenden Demokratie in Deutschland nicht außer acht lassen, daß ihre Geburt sich im Zustand unsäglichster Not, größter Leiden und tiefsten Elends vollzieht.

Wenn das deutsche Volk — das beweisen wiederum die Wahlen in Berlin — sich grundsätzlich zur Demokratie bekennt, so tut es das trotz der großen Not, trotz des Gefühls der gegenwärtigen Aussichtslosigkeit und Hoffnungslosigkeit im Interesse eines neuen politischen Gestaltens und einer neuen sozialistisch-demokratischen Bewegung.

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß uns Deutsche heute noch eine Welt voller Mißtrauen umgibt. Wir wissen, daß die Nazis Verbrechen am deutschen Volke und an andern Völkern begangen haben. Wir wissen, daß bei den andern Völkern das Vertrauen zu Deutschland bis in die tiefsten Tiefen erschüttert ist und daß es unsere vornehmste Aufgabe sein muß, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Dieses Vertrauen, meine Damen und Herren, kann nur durch die demokratische Tat zurückgewonnen werden, und deshalb kann und wird dieses Vertrauen — dafür übernehmen wir Sozialdemokraten die Garantie — nicht ein Vertrauen sein, das nur auf dem Papier steht. Wir werden dafür sorgen, daß dieses Vertrauen von lebendigem, demokratischem, sozialistischem Geiste getragen wird.

(Stärker Beifall bei der SPD)

Wir müssen der Welt gegenüber — und das möchte ich heute vor diesem Hohen Hause tun — positiv zum Ausdruck bringen, daß wir alles daran setzen wollen, um das durch den Nationalsozialismus zerstörte Vertrauen zurückzuerobieren. Ohne daß wir dieses Vertrauen der andern Völker zu Deutschland zurückgewinnen, können wir nicht leben, können wir nicht vorwärts kommen. Die Verfassung Hessens soll durch ihren demokratischen und sozialistischen Einschlag zum Ausdruck bringen das Ringen um das Vertrauen der andern Völker.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist uns eine ernste Verpflichtung, dem französischen Volke und den andern Völkern der Welt gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß sie Sicherheiten erhalten müssen, die ihnen die Überzeugung vermitteln, daß ein Krieg seitens des deutschen Volkes nicht mehr geführt werden wird. Die stärkste Garantie für die friedliche Ausrichtung der deutschen Politik ist nach unserer Überzeugung der demokratische Sozialismus. Der demokratische Sozialismus gibt den Völ-

Knöthe

kern Europas, gibt den Völkern der Welt die Garantie, daß sich eine deutsche Demokratie der Tat in Friedfertigkeit aufbaut. Meine Damen und Herren, das deutsche Volk wird durch eine neue Erziehung, wie sie auch in unserer Verfassung zum Ausdruck kommt, die auf dem Geiste der Friedfertigkeit beruht, die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die kommenden deutschen Generationen im Geiste der Völkerverständigung erzogen werden. Wir haben in unsere Verfassung die Bestimmung aufgenommen, daß die Grundsätze des internationalen Rechts unmittelbares Landesrecht sind und daß niemand zur Verantwortung gezogen werden kann, der auf eine Verletzung dieses internationalen Rechts durch irgendwelche Staatsorgane oder durch irgendwelche Handlungen hinweist. Unter dieser Verfassung gibt es keinerlei Möglichkeiten geheimer Rüstung, keinerlei Möglichkeiten für eine Verfolgung der Freunde des Friedens und der internationalen Solidarität. Meine Damen und Herren, als erste Verfassung der Welt erhält unsere Verfassung, die wir heute verabschieden wollen, den Satz: Der Krieg ist geächtet.

(Starker Beifall bei der SPD und CDU)

Wenn wir diesen Satz in unserer Verfassung festlegen, dann soll die Außenwelt, dann soll auch Frankreich erkennen, daß die neue deutsche Demokratie des guten Willens ist, alles daran zu setzen, um dem französischen Volke die Sicherheit zu geben, herausgehoben aus der inneren Verpflichtung der neuen Demokratie, die es benötigt, um ein ruhiges Leben führen zu können. Es ist festgelegt in unserer Verfassung, daß jede Auseinandersetzung mit andern Völkern nur mit friedlichen Mitteln zu erfolgen hat und daß es niemals mehr einen Krieg geben kann. Die neue werdende deutsche Demokratie erklärt sich mit der restlosen Schleifung der Rüstungsindustrie einverstanden; sie bringt gleichzeitig aber auch zum Ausdruck, daß ihr die Produktionsmittel gelassen werden müssen, die für den Aufbau eines friedlichen Deutschlands und zur Durchführung des notwendigen Exports friedlicher Güter erforderlich sind. Die neue werdende Demokratie, die heute in der Verfassung verankert werden soll, will ein gesundes, lebensfähiges, friedliches Deutschland auf bundesstaatlicher Grundlage schaffen. Durch ein solches föderatives Deutschland wird nach unserer Auffassung ein großer Teil des Mißtrauens beseitigt werden, das bisher einer Annäherung zwischen dem französischen und dem deutschen Volke im Wege stand und in Zukunft im Wege stehen könnte. Dieses neue Deutschland wird nach unserer Auffassung die nötigen Voraussetzungen schaffen für die Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das neue bundesstaatliche Deutschland wird der Ausdruck dafür sein, daß es in sich trägt das ernste Bestreben, mit allen Völkern der Erde und vor allem auch mit unserm großen Nachbarvolke friedlich und schiedlich zu leben. Wenn diese beiden Völker, das deutsche Volk und das französische Volk auf der Ebene der Verständigung, auf der Grundlage der Freundschaft sich finden, dann, meine Damen und Herren, ist die erste, die stärkste und die beste Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Vereinten Nationen von Europa entstehen können.

(Starker Beifall bei der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokratische Partei wird so stark sein, wie sie es politisch zu erreichen vermag, und sie wird sich dafür einsetzen, daß die Alternative Ost — West ausgeschlossen bleibt. Wir sind der Auffassung, daß es keine rheinisch-französische und auch keine pfälzisch-französische, sondern daß es nur eine deutsch-französische Frage geben darf. Deshalb sind wir der Meinung, daß die französische Politik eingestellt sein muß auf das gesamte Deutschland, und nicht nur auf den Teil, der von Frankreich besetzt ist.

Meine Damen und Herren, aus den Ruinen Deutschlands und Europas soll und wird ein neues Geschlecht entstehen, ein Geschlecht, das weit hinausdenkt über die eigenen nationalen Grenzen. Mit unserer Hilfe soll der neue europäische Mensch werden, der in sich trägt die geistige Kraft und den Willen, Garant der Kultur des Abendlandes zu sein. Der demokratische deutsche Mensch erkennt in Frankreich das Land, das Europa die Idee der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit schenkte. Uns demokratischen Sozialisten ist es eine heilige Aufgabe, daran mitzuarbeiten, daß das deutsche und das französische Volk in einem friedlichen Willen sich verbinden!

Der Weg zu dem neu werdenden Europa kann nur über die Verständigung und über das innige Freundschaftsverhältnis zwischen dem französischen und dem deutschen Volk führen. Wir demokratischen Sozialisten manifestieren unseren politischen Willen in der Richtung, daß wir eine starke auf den Frieden gerichtete Demokratie schaffen, die durch einen mächtigen sozialistischen Einschlag die Voraussetzung für ein Treuebündnis zwischen beiden Völkern ist. Ich darf wohl im Namen meiner Fraktion sagen: Diese Verfassung, die wir heute annehmen wollen und annehmen werden, ist mit eine Voraussetzung dafür.

Ich will die Gelegenheit heute in dieser geschichtlichen Stunde wahrnehmen, um Frankreich von dieser Tribüne aus zuzurufen: Ermöglicht es uns durch euer Bereitsein, die geschichtliche Stunde zu nützen, um einen Brückenschlag zwischen dem deutschen und dem französischen Volk vorzunehmen!

Der Krieg brachte nach unserer Auffassung die europäische Schicksalswende. Meine Damen und Herren! Gemeinsames Wollen von hüben und drüben erst wird die Neuordnung Europas ermöglichen. Das soll nicht besagen, sie könne sich vollziehen durch diese beiden Völker allein. Alle anderen müssen hinzukommen, insbesondere Amerika, Rußland und England. Auf ihrer Einigkeit beruht der Friede der Welt, den wir ersöhnen und an dem wir teilzunehmen, aus dem wir Kraft zum neuen Aufbau zu gewinnen hoffen. Wir sind der Auffassung, wir, die sozialdemokratische Fraktion der Verfassungsberatenden Landesversammlung, daß die Verfassung Hessens die Verfassung sein wird, die bis zu einem gewissen Ausmaß das kommende demokratische politische Gesicht Deutschlands aufzeigt. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Euler vertrete ich die Auffassung: Jawohl, Großhessen hat sich eine Verfassung geschaffen, die zu einem hohen Grade mit vorbildlich sein dürfte für die Verfassung, die wir uns in Deutschland schaffen werden.

(Starker Beifall bei der SPD)

für eine demokratisch fundierte Verfassung, hinter der der geistige und seelische Wille des gesamten Volkes steht, sie friedlich auszurichten, für eine Verfassung, hinter der die Tat aller deutschen Menschen steht, durch die die Völker Europas und die Völker der Welt erkennen: In dieser Verfassung steckt der Kern, sie enthält endlich die Garantie, die wir brauchen, um Europa friedlich auszurichten, um zu dokumentieren, Deutschland ist in der Tat ein neues Deutschland geworden, ein Deutschland, das der Welt gegenüber zum Ausdruck bringt: es ist das Deutschland des Friedens, das Deutschland der Friedfertigkeit, das Deutschland, das den Geist von Potsdam beiseite gestellt hat, das Deutschland, das in Europa einer neuen Geistesrichtung den Weg ebnet will. Dafür — das darf ich dem Herrn Kollegen Bauer sagen — bürgt das sozialistische Hessen: diese Verfassung wird nicht nur auf dem Papier stehen! Wir werden gemeinsam mit allen guten demokratischen Kräften den Geist der Verfassung in das Volk hineintragen. Ich habe die Überzeugung, daß die Verfassung, die wir nun verabschieden werden, dazu beiträgt, das Mißtrauen der Welt uns gegenüber abebben zu lassen, daß sie dazu beiträgt, das Ver-

trauen, ohne das wir nicht leben können und das wir so nötig brauchen wie das Stück Brot zum Frühstück, zurückzugewinnen zugunsten Deutschlands.

Von dieser Auffassung, von diesem geistigen Blickfeld aus sehe ich die außenpolitische Wirkung dieser Verfassung, der wir heute zustimmen werden.

(Lebhafter Beifall)

Abg. Stieler (CDU):

Im Namen der Fraktionen der SPD und der CDU beantragen wir namentliche Abstimmung.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte alle Mitglieder des Hauses, die für den Antrag eintreten, die Hand zu erheben. — Ich stelle fest, daß das der einstimmige Wunsch des Hauses ist.

Wir treten dann in die Schlußabstimmung ein. Ich erkläre die Abstimmung für eröffnet. Es wird, wie ich das schon eingangs unserer Sitzung bekanntgab, mit Ja oder Nein gestimmt. Ich bitte also diejenigen Mitglieder, die für die Verfassung stimmen, mit Ja zu antworten, die dagegen sind, mit Nein. Ich bitte den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Kredel, die Namen zu verlesen.

(Namensaufruf)

— Es sind die Namen sämtlicher Abgeordneten aufgerufen worden. Ich erkläre die Abstimmung für geschlossen. Für die Verfassung haben mit Ja gestimmt 82 Abgeordnete, dagegen mit Nein 6 Abgeordnete.

(Starker anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Die Abgeordneten haben sich von den Plätzen erhoben.)

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen. Ich werde nachher noch Gelegenheit nehmen, einige Worte dazu zu sagen. Ich weiß, daß die Annahme der Verfassung uns alle tief bewegt. Aber, trotz alledem, muß ich noch einige Sachen erledigen, die notwendig sind, damit wir die Verfassung auch Wirklichkeit werden lassen können, und zwar haben wir zunächst noch zu behandeln das

Gesetz zur Abänderung des Gesetzes betreffend den Volksentscheid über die Verfassung des Landes Hessen vom ... Oktober 1946.

Das durch die heute gefaßten Beschlüsse notwendig geworden ist. Es war aus technischen Gründen nicht möglich, die Vorlage noch zu drucken und jedem Mitgliede des Hauses einen Abdruck zuzustellen. Ich muß deshalb, damit die Damen und Herren sich über die Bestimmungen klar werden, den Text verlesen. Das Gesetz hat folgenden Wortlaut:

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Verfassungsberatenden Landesversammlung erläßt das Großhessische Staatsministerium das folgende Gesetz zur Abänderung des Gesetzes betreffend den Volksentscheid über die Verfassung des Landes Hessen vom ... Oktober 1946.

§ 1

§ 1 des Gesetzes betreffend den Volksentscheid erhält folgende Fassung:

Gegenstand des Volksentscheides ist

- a) die von der Verfassungsberatenden Landesversammlung am 29. Oktober 1946 verabschiedete Verfassung für das Land Hessen,
- b) die Aufnahme folgenden Artikels in die Verfassung:

Artikel 41

Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

1. in Gemeineigentum übergeführt: Der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen und Oberleitungen gebundene Verkehrswesen,

Präsident

2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet; die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt.

Das Nähere bestimmt das Gesetz.

Wer Eigentümer eines danach in Gemeineigentum zu überführenden Betriebes oder mit seiner Leitung beauftragt ist, hat ihn als Treuhänder des Landes bis zum Erlaß von Ausführungsgesetzen weiterzuführen."

§ 2

§ 4 (1) des Gesetzes betreffend den Volksentscheid erhält folgende Fassung:

„(1) Die Stimme lautet zu jedem Gegenstand (§ 1) auf „Ja“ oder auf „Nein“; Zusätze sind unzulässig.“

§ 3

§ 5 (2) des Gesetzes betreffend den Volksentscheid erhält folgende Fassung:

„(2) Die Verfassung ist angenommen, wenn die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf „Ja“ lautet. Die Ergänzung der Verfassung gemäß § 1 zu b) ist angenommen, wenn die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf „Ja“ lautet.“

§ 4

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Wiesbaden, den ... Oktober 1946.

Ich bitte die Damen und Herren, die für dieses Gesetz stimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Angenommen bei Enthaltung der LDP.

Nun haben wir noch zu erledigen Punkt 4 der Tagesordnung:

Beratung und Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über den Termin für den Volksentscheid über die Verfassung des Landes Hessen und für die Wahl des Landtages des Landes Hessen;

Drucksachen Abteilung I Nr. 99, das folgenden Wortlaut hat:

Entwurf des Ministers des Innern für ein Gesetz über den Termin für den Volksentscheid über die Verfassung des Landes Hessen

und für die Wahl des Landtages des Landes Hessen.

§ 1

In § 2 des Gesetzes betr. den Volksentscheid über die Verfassung des Landes Hessen vom 14. Oktober 1946 und in § 2 des Wahlgesetzes für den Landtag des Landes Hessen vom 14. Oktober 1946 treten an die Stelle der Worte „am 17. November 1946“ die Worte „am 1. Dezember 1946“.

§ 2

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 29. Oktober 1946 in Kraft.

Wiesbaden, den 29. Oktober 1946.

gez. Zinnkann.

Ich glaube, auch darüber wird es kaum Meinungsverschiedenheiten geben. Ich bitte die Damen und Herren, die für das Gesetz stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig angenommen. Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedene Eingänge:

Es liegt eine Fülle von Anträgen vor, die sich auf die verschiedensten Sachgebiete beziehen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, mich zu ermächtigen, alle diese Eingaben alsbald den zuständigen Arbeitsausschüssen zu überweisen.

(Zustimmung)

Präsident

Sobald die Arbeitsausschüsse ihre Arbeit erledigt haben, werde ich den Hauptausschuß zusammenberufen, damit er alle diese Anträge erledigt, so daß die Antragsteller dann benachrichtigt werden können, wie die Verfassungsberatende Landesversammlung über ihre Anträge entschieden hat. — Widerspruch erhebt sich nicht. Ich darf feststellen, daß Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch einige Worte. Als ich in der ersten Sitzung der Verfassungsberatenden Landesversammlung zu deren Präsidenten gewählt wurde, habe ich erklärt, daß ich mir bewußt sei, daß ich ein schweres und verantwortungsvolles Amt übernehme. Ich kann heute zu meiner Freude sagen, daß ich die Schwere dieser Aufgabe überschätzt habe. Die Führung meines Amtes ist mir verhältnismäßig leicht gemacht worden dadurch, daß alle Fraktionen bemüht gewesen sind, mich in meiner verantwortungsvollen Arbeit zu unterstützen und mir diese Arbeit so leicht wie möglich zu machen. Es ist eine umfassende sachliche Arbeit geleistet worden. Dieser sachlichen Arbeit und dem Wollen aller vier Parteien haben wir es zu danken, daß wir heute eine Verfassung haben verabschieden können mit einem Stimmverhältnis — 82 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen —, das wohl in allen deutschen Ländern bei allen Verfassungsberatungen einzig dastehen dürfte. Das sollte uns alle mit Freude und mit Stolz, aber auch mit Hoffnung erfüllen.

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß die Not, die in unserm Volke herrscht, sehr groß ist und daß diese Not auch sehr vielen unserer Volksgenossen den Blick trübt. Wir wissen auch, daß für diese Not und für dieses Elend heute leider nicht diejenigen verantwortlich gemacht werden, denen wir alle diese Not und all dieses Elend verdanken, sondern daß man sehr leicht geneigt ist, zu sagen: Daran sind die Männer und Frauen schuld, die heute in den Landtagen, in den Kreistagen, in den Stadtverordnetenversammlungen usw. sitzen. Meine Damen und Herren, gegen eine solche Auffassung müssen wir uns verwahren!

(Sehr gut! bei der SPD und CDU)

Wer Gelegenheit gehabt hat, praktisch mitzuarbeiten an der Erledigung der Aufgaben, die uns diese schwere Zeit stellt, der weiß, wie wir uns bemüht haben, die Nöte nach den bestehenden Möglichkeiten zu lindern. Wir haben nicht nur die deutschen Stellen aufgerufen, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um diese Not zu lindern, sondern wir haben uns auch, ich möchte sagen, an alle Völker Europas gewendet. Denn wir wissen, daß es uns allein nicht möglich ist, diese Notstände abzustellen und daß es uns nur dann beschieden sein kann, wieder vorwärts zu kommen, wenn die ganze Welt, soweit sie guten Willens ist, uns dabei hilft. Meine Damen und Herren, wir müssen heute alles das büßen, was von dem verbrecherischen Nazi-regime angerichtet worden ist, und wir müssen all die Leiden auf uns nehmen, die die Welt uns auferlegt. Aber das kann und darf unsern Arbeitswillen und unsere Arbeitsfreudigkeit nicht hemmen. Deutschland hat eine Zukunft vor sich. Deutschland hat in der Vergangenheit der Welt manches gegeben und wird der Welt auch in Zukunft wieder manches zu geben haben. Das deutsche Volk sehnt sich danach, mit den andern Völkern der Welt in Frieden und Eintracht zu leben. Die Verfassung, die wir heute verabschiedet haben, macht den Weg frei, zu einer solchen Verständigung zu gelangen. Ich glaube, wir können diesen denkwürdigen Tag nicht besser beschließen, als daß wir alle, ohne Unterschied der Parteien, geloben, im Sinne dieser Verfassung zu arbeiten und damit nicht nur Deutsch-

land, sondern der ganzen Welt zu helfen und allen Völkern die Hand zu bieten zu gemeinschaftlichem Wirken und gemeinschaftlichem Wollen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte die heutige Verhandlung nicht schließen, ohne auch der amerikanischen Militärregierung unsern Dank zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall)

Es wäre uns nicht möglich gewesen, die Verfassung zu dem heutigen Termine zu verabschieden, wenn nicht die Herren der amerikanischen Militärregierung nach Kräften sich bemüht hätten, uns dabei zu helfen. Das wollen wir mit Dank anerkennen.

Meine Damen und Herren, wir wollen heute auseinandergehen mit dem Gelöbniß, alles zu tun, unsere ganze Arbeitskraft einzusetzen, um Deutschland und Europa und der ganzen Welt Frieden und Eintracht zu bescheren. Ich gebe dabei der Hoffnung Ausdruck, daß das deutsche Volk, wenn es demnächst zur Wahlurne schreitet, die Arbeit würdigen wird, die von uns geleistet worden ist und daß es auch in Zukunft zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit kommen möge.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, CDU und KPD)

Abg. Stieler (CDU):

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, unserem Herrn Präsidenten herzlich zu danken für seine objektive Amtsführung. Ich darf diesen Dank ausdehnen auch auf die Mitglieder des Präsidiums, auf die Landtagsverwaltung und auf das Personal des Hauses, das in den letzten Tagen und Wochen eine außerordentlich umfangreiche und schwierige Arbeit hat leisten müssen, ohne daß ihm immer die notwendigen technischen Hilfsmittel zur Verfügung gestanden haben. Ihnen allen ein Wort des herzlichen Dankes!

Und noch ein persönliches Wort in dieser bedeutungsvollen Stunde. Meine Damen und Herren, wir haben heute gelobt, die junge Demokratie aufzubauen, sie zu fördern und zu schützen. Wir haben — das möchte ich an dieser Stelle zum Ausdruck bringen — versucht, selber mit gutem Beispiel voranzugehen dadurch, daß wir das Verhältnis zwischen den Mitgliedern der einzelnen Fraktionen zu einem guten, teilweise sogar herzlichen Verhältnis gestaltet haben. Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, diese Bereitwilligkeit auch mit hinausnehmen in den kommenden Wahlkampf. Wir wollen in diesem Wahlkampf gewiß unsere Grundsätze vertreten und für sie kämpfen, wir wollen dabei aber nicht vergessen, daß auch der politische Gegner, nein, der politisch Andersdenkende, ein achtbarer Mensch ist.

(Starker Beifall)

Diesen Gedanken, verehrte Anwesende, wollte ich als das vielleicht älteste parlamentarische Mitglied dieses Hauses ausgesprochen haben. Ich bin davon überzeugt: Wenn wir selber dieses gute Beispiel geben, dann wird auch der kommende Wahlkampf anständig geführt werden, und, dann werden wir auch wieder ein gutes Stück vorankommen auf dem Wege zum Aufbau einer wirklich lebendigen und wahrhaften Demokratie!

(Lebhafter Beifall)

Präsident:

Damit erkläre ich die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 19.00 Uhr)